

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
mit Zufallsgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl.
vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeter-
Zeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Bl.
Deutschland 10 bzw. 70 Bl. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbeitung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 55

Bromberg, Freitag, den 9. März 1934

58. Jahr.

Das Ende des deutsch-polnischen Zollkrieges.

Unterzeichnung des Protokolls über die deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung.

Warschau, 8. März. (PAT) Am Mittwoch ist in Warschau durch den polnischen Außenminister Beck und den Deutschen Gesandten Freiherrn von Moltke das deutsch-polnische Protokoll über die Aufhebung der Kampfmaßnahmen und die Beseitigung des sogenannten deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges unterzeichnet worden. Das Protokoll soll bald als möglich ratifiziert werden. Die Bestimmungen dieses Protokolls treten jedoch unabhängig davon am 15. März in Kraft. Das Protokoll bringt die Beseitigung der anormalen Zustände im deutsch-polnischen Warenaustausch.

Der Wortlaut des Protokolls.

Das Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung und die Polnische Regierung, von dem Wunsche geleitet, den anormalen Zustand in ihren gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu beenden und durch die vorliegende Vereinbarung die Grundlage für einen weiteren vertraglichen Ausbau ihres Handelsverkehrs zu schaffen, haben folgendes vereinbart:

I. Die gegenseitigen Kampfmaßnahmen werden aufgehoben, und zwar:

1. Von deutscher Seite:

Die Anwendung des Obertariffs auf Boden- und Gewerbeerzeugnisse polnischen Ursprungs, soweit diese Anwendung nicht bereits durch die Verordnungen vom 11. Oktober 1932 (Reichsgesetzblatt 1932, Teil I, Seite 142) und vom 26. März 1932 (Reichsgesetzblatt 1932, Teil I, Seite 166) aufgehoben worden ist.

2. Von polnischer Seite:

a) Die Anlage 3 der Verordnung des Ministerrates vom 11. Oktober 1933 über das Einführverbot einiger (deutscher) Waren (Dziennik Ustaw Nr. 79, Pos. 561).

b) Die Anwendung von Maximalzöllen auf deutsche Waren nach der Verordnung vom 11. Oktober 1933 (Monitor Polski Nr. 236, Pos. 256).

c) Die Bekanntmachung vom 10. März 1926 betreffend die Verweigerung der Durchfuhr für einkäuferverbotene Waren über deutsche Häfen und Eisenbahnen (Monitor Polski Nr. 56) sowie die weiteren diesbezüglichen Anordnungen.

II. Der Ursprung der Waren im deutschen oder polnischen Zollgebiet soll in Zukunft keinen Anlass geben zu irgendwelcher Benachteiligung bei Anwendung und Gewährung der autonomen Zollvergünstigungen, d. h. solcher Zollvergünstigungen, welche im deutschen oder polnischen Zollgebiet allgemein gelten.

III. Die Reichsregierung wird auf die Einfuhr aus dem polnischen Zollgebiet die Säfe des allgemeinen Einfuhrzolltariffs anwenden.

Die Polnische Regierung wird auf die Einfuhr aus dem Deutschen Reich die Säfe der Spalte II des Einfuhrzolltariffs anwenden.

IV. Die besonderen Vorteile, die Deutschland bei der Anwendung der Verordnung des polnischen Ministerrats vom 11. Oktober 1933 (Dziennik Ustaw Nr. 79, Pos. 561) gewährt werden, bilden den Gegenstand einer Sondervereinbarung.

V. Die Reichsregierung sagt zu, bei der Einfuhr von Butter die polnischen Interessen in angemessener Weise zu berücksichtigen.

VI. Die Reichsregierung wird Ausfuhrbewilligungen für Schrott der Ausführ-Nr. 843 des Statistischen Warenverzeichnisses nach dem polnischen Zollgebiet nach Maßgabe der Vereinbarungen zwischen den Vertretern der polnischen und der deutschen Eisenindustrie vom 19. Oktober 1933 erteilen.

VII. Für die Durchfuhr von aus dem polnischen Zollgebiet stammenden lebenden Tieren, tierischen Teilen und tierischen Erzeugnissen gelten im Deutschen Reich die in der Anlage besonders vereinbarten Bestimmungen.

VIII. Beide Regierungen werden in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen von Diskriminierungen jeder Art, die als Folge des Wirtschaftskonfliktes entstanden waren, absehen.

IX. Wenn nach der Inkraftsetzung dieses Protokolls durch ungünstige Auswirkung desselben oder wegen von dem anderen Teile ergriffener Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ein Teil sich benachteiligt fühlen sollte, oder wenn einer der beiden Teile nicht mehr in der Lage sein sollte, die in diesem Protokoll enthaltenen Vereinbarungen einzuhalten, werden auf sein Verlangen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden mit dem Ziele, Abhilfe zu schaffen. Wenn diese Verhandlungen im Laufe eines Monats vom Tage des Einganges des Antrages an gerechnet nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten, so soll der Teil, der sich benachteiligt erachtet, das Recht haben, das vorliegende Protokoll zu kündigen. In diesem Falle tritt es einen Monat nach der Kündigung außer Kraft.

X. Dieses Protokoll, das in doppelter handschrift in deutscher und in polnischer Sprache ausgesetzt ist, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Das Protokoll tritt am zehnten Tage nach Austritt der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Protokolls ist auch das

Privatabkommen der Eisenwirtschaft und der Schiffahrt miterfaßt. Das Eisen-Abkommen, dessen Einzelheiten wir bereits im Handelsteil unserer Nummer 51 veröffentlicht haben, regelt den Absatz von polnischem Eisen und Stahl in Deutschland und gibt Polen die Möglichkeit, seinen Schrottabbedarf teilweise in Deutschland zu decken. Das zweite Abkommen wurde zwischen den deutschen Schiffahrtslinien, die von den Nordseehäfen nach Gdingen und Danzig führen und der „Zegluga Polska“ über eine Zusammenarbeit getroffen.

In den deutsch-polnischen Beziehungen wird der 7. März, der Tag, da nach längeren Verhandlungen in Warschau das Protokoll über die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges unterschrieben wurde, ein Tag von geschichtlicher Bedeutung sein, der eine weitere Etappe nach dem großen Ereignis des 26. Januar darstellt. Das eine Datum ist ohne das andere nicht denkbar. Der Freundschaftsvertrag vom 26. Januar hatte bereits die Richtlinien festgelegt, wenn es darin hieß:

„Die durch diese Gegenseite geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.“

Es ist ein bedeutsames Ergebnis, das jetzt in Warschau von den Vertretern beider Regierungen in der protokollarischen Erklärung erreicht worden ist, wonach man gewillt ist, vom 15. März d. J. ab die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen nicht mehr anzuwenden, die die beiden Länder aus der Phase der wirtschaftlichen Erschwerung in die der völkischen und kulturellen Entfremdung gerückt haben. Neun Jahre hat dieser Zustand gedauert. Unzählige Male wurden in der Zwischenzeit von beiden Seiten Versuche unternommen, einen den natürlichen Interessen beider Staaten entsprechenden Zustand zu schaffen, der den Lebensbedingungen beider Völker entsprochen hätte. Was nun Jahre lang nicht möglich war, ist jetzt durch die Weitsicht der Führer beider Völker möglich geworden.

Wir sehen in diesem Wirtschaftsabkommen endlich die erste Stufe zu einer Normalisierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, auf die wir Jahre hindurch vergeblich gewartet und für welche wir stets mit all unseren Kräften eingetreten sind. Wir sahen die großen Nachteile auf allen Gebieten, die dieser langjährige deutsch-polnische Zollkrieg zur Folge hatte. Sieht man heute die Bilanz dieses langen Kampfzustandes, so steht man vor der Tatsache, daß sowohl der deutschen wie der polnischen Wirtschaft Milliarden-Werte verloren gegangen sind. Der neunjährige Wirtschaftskrieg hat die wirtschaftlichen Strukturen beider Länder grundlegend gewandelt. Es ist eine Verschiebung der Wirtschaftskräfte eingetreten, die jede Verhandlung so umfangbar erschwert und heute die breitere Grundlage eines regelrechten deutsch-polnischen Handelsvertrages noch unmöglich macht. Es ist mit der Beseitigung der Kampfmaßnahmen bereits viel erreicht. Die unnatür-

liche Einfuhrsperrre gegen deutsche Maschinen und deutsche Industrie-Erzeugnisse, die im Produktionsprozeß Polens heute noch unbedingt notwendig sind, hat jetzt ihr Ende gefunden. Es wird dadurch dem Gewerbetreibenden und Industriellen die Sorge um die technische Aufrechterhaltung seines Betriebes genommen, dem Arbeiter wird seine Arbeitsstätte gesichert, die er oft aus der Unmöglichkeit der technischen Weiterführung hat vorübergehend verlassen müssen.

Die seit der Einführung der Einfuhrsperrre für viele deutsche Waren bestehenden Systeme der Konkurrenzierung, die in ihrer praktischen Auswirkung zu Mißständen und Unzufriedenheiten in Polen führten, werden hoffentlich damit bei uns auch ihr Ende gefunden haben. Das Ende des deutsch-polnischen Zollkrieges wird auch auf diesem Gebiete eine Normalisierung der Verhältnisse bringen.

Es ist heute noch nicht voranzusehen, wie weit eine Steigerung des deutsch-polnischen Warenaustausches, der im letzten Halbjahr 1933 kaum die Höhe von 74 Millionen Zloty erreicht hat, möglich sein wird. Wichtig jedoch ist, daß die Formen für die wirtschaftliche Zukunft beider Länder festgelegt worden sind und daß die Erkenntnis durchdrang, daß zwei organisch aneinander angewiesene Wirtschaftsgebiete nicht im ewigen Zustande des Haars fortleben können.

Das Echo im Reiche.

Berlin, 8. März. (PAT) Die gesamte gestrige Abendpresse bringt an leitender Stelle die Meldung über die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Protokolls zur Beendigung des deutsch-polnischen Wirtschaftskonfliktes. Ein Teil der Berliner Presse nimmt bereits in längeren oder kürzeren Kommentaren hierzu Stellung und unterstreicht einmütig die Bedeutung dieses Protokolls. Die Blätter sehen in diesem Schritt einen weiteren Beweis für den Ausbau der gegenseitigen friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und hoffen, daß dieses Abkommen dazu führen wird, einen Handelsvertrag in die Wege zu leiten.

Die halbamtliche „Diplomatico-Politische Korrespondenz“ begrüßt mit großer Genugtuung das Übereinkommen, das „zur Liquidierung der Vergangenheit und Vorbereitung einer besseren Zukunft“ geschlossen wurde. Dieses Übereinkommen stellt die Grundlage einer Zusammenarbeit dar, wo früher ein Antagonismus bestand, der von vielen als eine unabänderliche Tatsache hingenommen wurde. Das Protokoll stellt einen Ausgangspunkt zur Arbeit auf weite Sicht dar. Man könne zwar die Formen und die Ausmaße dieser Arbeit noch nicht voraussehen, der bis dahin erwiesene beiderseitige Wille sei jedoch die beste Gewähr für einen Erfolg.

Das „Deutsche Nachrichten-Bureau“ bemerkt zu diesem Protokoll: Durch das jetzige Abkommen wird zwar der bescheidene oder praktisch allein zweckmäßige Weg beschritten, um aus dem wirtschaftlichen Kriegszustand etappenweise zu einem Aufbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen. Die erste Etappe bedeutet die Normalisierung. Es besteht die begründete Aussicht, daß schon das vorliegende Abkommen zu einer erheblichen Erweiterung der beiderseitigen Handelsbeziehungen führen wird, und daß an die Stelle eines fast zehnjährigen Kampfes eine für beide Teile nützliche Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete treten wird.

Das „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht, daß diese Vereinbarung in ihrer erstaunlichen Bedeutung über die Grenzen Deutschlands und Polens hinausreichen, daß sie nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische und politische Bedeutung habe.

Polnische Pressestimmen zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Die gesamte Warschauer Presse begrüßt den soeben unterzeichneten Wirtschaftsfrieden mit Deutschland in besonderen Artikeln. Die „Gazeta Polska“, das führende Regierungsorgan, schreibt:

„Morgen wird wahrscheinlich die Unterzeichnung der polnisch-deutschen Wirtschaftsverständigung erfolgen, welche den seit 9 Jahren zwischen den beiden Staaten währenden „Zollkrieg“ beenden wird. Die Einzelheiten dieser Verständigung lassen sich auf beiden Seiten der Grenze auf die Aufhebung aller Zoll- und Wirtschaftsmaßnahmen reduzieren, die sich während der Dauer des Zollkrieges angehäuft und die Diskriminierung der Waren des „Gegners“ zur Aufgabe hatten.“

Ausdruck der Beendigung des Zollkrieges wird auf deutscher Seite sein: die Aufhebung des Obertariffs, der den polnischen Waren gegenüber verpflichtet, und auf polnischer Seite: die Aufhebung der Maximalzölle und der antideutschen Einfuhrverbote.

Deutschland erkennt außerdem Polen das Recht des Transits polnischer Tierzuchtprodukte durch das deutsche Staatsgebiet zu (zu diesem Zweck wird ein besonderes Transit-Veterinärabkommen nach dem Muster schon be-

stehender Abkommen dieses Typs abgeschlossen werden) und wird sich zur Erteilung von Bewilligungen für die Ausfuhr von Eisenbruch nach Polen verpflichten.

Auf polnischer Seite wird dagegen die Aufhebung des sogenannten „Schiffahrts-Rundschreibens“ erfolgen, daß den Transport von Ladungen aus und nach Polen über deutsche Häfen verbietet.

Die obige Abmachung wird außerdem durch ein Non-ingent-Abkommen ergänzt werden. Die Abmachung wird für unbegrenzte Zeit getroffen, doch steht während der Dauer derselben jeder Seite das Recht zu, den Eintritt in sofortige Verhandlungen bezüglich der Änderung derjenigen Vorschriften der Verständigung zu fordern, welche sie in der Praxis als unzureichend ansehen wird. Die Abmachung unterliegt der Ratifikation; doch kann sie auf Grund eines Einvernehmens beider Seiten provisorisch in Anwendung kommen, was wahrscheinlich in den nächsten Zeit erfolgen wird.

Gleichzeitig mit der obigen Abmachung werden privatrechtliche Vereinbarungen getroffen, nämlich: eine Schiffahrts-Verständigung und eine Verständigung bezüglich des polnischen Exportes von Hüttenproduktions nach Deutschland.

Die erste dieser Verständigungen wurde mit Rücksicht auf die Aufhebung des sog. „Schiffahrts-Rundschreibens“

durch Polen notwendig. Da im Zusammenhang mit der Aufhebung des genannten Rundschreibens eine Steigerung der Warenumsätze zwischen den deutschen und polnischen Häfen um den Preis einer gewissen Schwächung der Umsätze zwischen den polnischen Häfen und den Häfen anderer Länder zu erwarten war, mußte man einen gewissen Anteil an der Steigerung der erstgenannten Umsätze der polnischen Schifffahrt sicherstellen, welche bisher an den Umsätzen mit den Häfen anderer Länder beteiligt war.

Die zwischen der A. G. Zegluga Polska einerseits und vier deutschen Linien, die eine regelmäßige Schiffsverbindung zwischen Danzig und Gödingen und den deutschen Häfen unterhalten, andererseits getroffene Abmachung sieht eine Teilung der Ladungen unter beide Seiten nach einem festgelegten Schlüssel vor. Bei einem Jahresumsatz von nicht weniger als 100 000 Tonnen (und ein solcher Umsatz ist als Mindestumsatz vorgesehen) wird den polnischen Linien 50 Prozent der Ladungen ausfallen. Diese Abmachung wurde in Hamburg bereits unterzeichnet und wird zusammen mit dem Inkrafttreten der wirtschaftlichen Vereinbarung Gültigkeit erlangen.

Die zweite privatwirtschaftliche Vereinbarung zwischen der polnischen und der deutschen Eisenindustrie wurde in Düsseldorf abgeschlossen. Diese Abmachung sieht ein Export-Kontingent für polnisches Eisen in der Höhe von 42 000 Tonnen sowie ein entsprechendes Kontingent von Edelstahl vor. Gleichzeitig enthält diese Abmachung ein Kontingent von deutschem Eisenbruch für die polnischen Hütten.

Das ist in allgemeinen Umrissen der Inhalt der polnisch-deutschen wirtschaftlichen Verständigung.

Welche Rolle wird sie in den Handelsbeziehungen der beiden Länder spielen?

Man muß unterstreichen, daß diese Verständigung noch kein Handelsvertrag

ist. Das Abkommen ist erst die Rückkehr von der „Kriegs“-Stellung zur „Waffenstillstands“-Stellung. Beide Seiten verzichten auf Kampfmittel. Es ist dies also ein Zustand, der bereits in den Spalten der „Gazeta Polska“ als „Normalisierung“ der Beziehungen charakterisiert worden ist.

Man muß unterstreichen, daß beim gegenwärtigen Stande der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen beide Seiten darüber einig waren, im ersten Stadium der Verständigung nicht allzu weitgehende Schritte vorzunehmen. Erst die Erfahrung wird gestatten, die Möglichkeit eines weiteren Ausbaus der gegenseitigen Beziehungen abzuschätzen.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht anzuführen, wieviel Beweise des Willens zur Beendigung des schon so lange dauernden „Zollkrieges“ Polen geliefert hat. Die bald erfolgende Rückkehr zum normalen Zustand ist also mit Befriedigung zu begrüßen. Die Stimmen der deutschen Presse bezeugen, daß diese Befriedigung auch auf der anderen Seite der Grenze vorhanden ist.

Welches werden die praktischen Folgen der getroffenen Vereinbarung sein?

Laut maßgebenden Informationen ist eine Steigerung der gegenseitigen Umsätze innerhalb der Grenzen von 20–30 Prozent zu erwarten. Soweit es sich um die uns interessierenden Exportwaren handelt, ist anzunehmen, daß die Ausfuhr von Schnitholz, Erdöl und Butter nach Deutschland steigen wird.

Die allgemeine Bedeutung der getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarung besteht natürlich in der Wiederherstellung der Konkurrenzbedingungen in den Handelsumstücken zwischen zwei Staaten. Dieses Konkurrenzverhältnis konnte in Anbetracht der Prohibitive-Zölle und der Einfuhrverbote bisher keine Rolle spielen.

Der literale „Kurjer Warszawski“ schreibt, daß die wirtschaftliche Verständigung, die mit Deutschland abgeschlossen wird, am exaktesten als „Friedensschluß“ bezeichnet werden kann. Sie ist nichts mehr als die Liquidation des Kriegsstandes zwischen beiden Staaten, aber auch nichts weniger. Formal sei sie ein völlig negatives Phänomen. Sie räumt bloß „die chinesische Mauer“ zwischen den Nachbarmärkten hinweg (Leider nicht die chinesische Pashmauer! D. R.) „Doch diese negative Tätigkeit der Aufhebung der Erschwerungen ist für das polnisch-deutsche Wirtschaftsverhältnis ein Akt positiven Schaffens.“ Nach einer kurzen Skizzierung des Verlaufs des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges, natürlich in der üblichen Beleuchtung, führt das Blatt über die Aussichten bezüglich der Früchte des eingetretenen Wirtschaftsfriedens u. a. folgendes aus:

„Das Interesse der inheimischen Industrie wird durch die Tatsache sichergestellt, daß Polen keine positive Verpflichtung übernimmt, gewisse deutsche Waren auf seinen Markt anzulassen, sondern nur negativ das Einfuhrverbot für diese Waren aus dem Titel ihrer deutschen Herkunft aufhebt. Dagegen wird die polnische Erzähwärme ebenso geschützt sein, wie die gesamte übrige polnische Produktion.“

„Auf solche Weise scheint der jegliche Wirtschaftskrieg die Gesamtheit des Wirtschaftsverhältnisses zu Deutschland zu regeln, ohne die für uns kostspieligen Kompensationen mit sich zu bringen, welche der Vertrag vom Jahre 1930 eingeschlossen hatte. Es ist natürlich schwierig vorauszubestimmen, welches das Ergebnis der Verständigung sein wird;“

Sie ist in beträchtlichem Grade ein Experiment, über dessen Nutzen die Praxis bald ein Urteil abgeben wird.“

Zum Schluß bemerkt das Blatt: „Wie diese wirtschaftliche Verständigung sich auswirken wird, hängt von der wirtschaftlichen Initiative ab, die beiden Volksgemeinschaften überlassen wurde. Die Regierungen hören bloß auf, diesen Austausch zu erschweren. Die Rolle der positiven Organisierung des Austausches fällt den speziellen Organen des wirtschaftlichen Lebens: der polnisch-deutschen Handelskammer in Warschau und der deutsch-polnischen Handelskammer in Berlin zu, die bald gebildet werden müssen.“

*

Da die polnische Presse nicht gleich geschaltet ist und die Macht der Gewöhnung noch fortwirkt, kann es nicht fehlen, daß ungeachtet des in Berlin verabredeten Presse- und Propaganda-Friedens zwischen Polen und Deutschland einzelne polnische Organe die „Bilanz“ des beendigten Wirtschaftskrieges in propagandistischer Beurteilung vorführen. Der in Warschau sehr verbreitete „Wicior Warszawski“ schlägt Saiten an, die bei einem Friedensschluß unberührt bleiben sollten, es sei denn, daß jemandem daran gelegen ist, die Verständigungsatmosphäre durch Miztöne zu stören. Wir führen, unter Beglaßung der „kräftigsten“ Stellen der Betrachtung dieses Blattes,

Beratungen Marschall Piłsudski mit sämtlichen Ministerpräsidenten der Nach-Mai-Zeit.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am Mittwoch, 1 Uhr mittags, haben — wie die von verschiedenen Seiten ausgehenden Informationen übereinstimmend lauten — Beratungen sämtlicher gewesenen Ministerpräsidenten der Nach-Mai-Regimes unter Teilnahme des Präsidenten der Republik und des Marschalls Piłsudski begonnen. In den Beratungen nehmen also außer dem Präsidenten und dem Marschall — der Ministerpräsident Jędrzejewicz, weiter Prof. Bartel, Sejmarschall Świdlicki, der BB-Präsident Oberst Sławek und Oberst Prystor teil.

Die politischen Kreise sind in Unkenntnis darüber, wo die Beratungen stattfinden. Die einen vermuten als Ort der Beratungen das Belvedere, die anderen das in der Nähe befindliche Gebäude des Generalinspektorats der bewaffneten Kräfte.

Die Kunde von der „geheimnisvollen Konferenz“ regt den Spürsinn der politischen Journalisten an. Trotzdem seit dem Beginn der Konferenz bereits einige Stunden verstrichen sind, ist das Resultat der „Erfundungs-Bestrebungen“ noch sehr spärlich und besteht eigentlich nur in lauter Vermutungen. Eine Vermutung hat sich im Gerücht verdichtet,

dass Marschall Piłsudski die Konferenz einberufen habe, um alle seine Ministerpräsidenten mit einem von ihm selbst verfaßten Entwurf einer Verfassungsänderung bekannt zu machen.

Wenn diese Vermutung der Wahrheit entspräche, wäre dies wahrhaftig keine geringe Sensation. Zahlreiche Kritiker des bereits vom Sejm angenommenen Carlischen Verfassungsentwurfs finden ein überaus großes Gefallen an dieser Annahme und ziehen auf Konto der Richtigkeit dieser Annahme verschiedene Schlüsse hinsichtlich der nächsten politischen Geschehnisse. Zu erwähnen ist vor allem die verbreitete Auffassung, daß man auf die baldige Auflösung des Parlaments gesetzt sein soll.

In den Wandergängen des Sejm geht es geschäftig zu. In einer Art von Kollektivarbeit werden die spärlichen politiven Anhaltspunkte zu einem Ganzen kombiniert, das ein Abbild dessen, was sich hinter den Kulissen abspielt, darstellen soll. Man glaubt zu wissen, daß „der Befehl ergangen sei, die Sejmarbeiten schnellig zu beenden“ und daß dieser Befehl durch die Unzufriedenheit des entscheidenden Faktors mit den von der Sejmehrheit beschlossenen Verfassungsbeschlüssen verursacht worden wäre. Diese Vermutung wurde bereits von verschiedenen Blättern notiert und ist von der Regierungspresse — unseres Wissens — nicht zurückgewiesen worden, obwohl hier eine Gelegenheit bestand, politische

„Plotschaben“ mit Spott und Hohn zu überhäufen. Die Regierungspresse schwieg aber und schien mit ihrem Schweigen die geäußerte Vermutung zu bestätigen, daß der Carlsche Verfassungsentwurf kein Kunstwerk nach Marschall Piłsudski Geschmack sei.

Die Kombinationen, die im Hinblick auf „die Bewegung“, die man in den letzten Tagen im Schloß, im Belvedere und in den Regierungskreisen bemerkt haben will, aufgestellt werden, betreffen außer der Verfassung auch einen bevorstehenden Regierungswechsel. Man spricht von großen Änderungen und tiefeinschneidenden Maßnahmen. Vor allem wird nochmals wiederholt, daß sofort nach der Schließung der Session, die am 15. d. M. erfolgen soll, der Ministerpräsident Jędrzejewicz mit seinem Bruder, dem Unterrichtsminister Waclaw Jędrzejewicz zurücktreten und darauf eine „radikale Regierungsumbildung“ plazieren werde. (Nebenbei sei bemerkt, daß der jetzige Unterrichtsminister während seiner Amtszeit als Vizeminister im Finanzministerium das stark befürbte Gesetz über die neue Staffelung der staatlichen und Militärfunktionäre abgefaßt hatte.) Da der immer noch unpäckliche Außenminister Beck an dieser Konferenz fehlt, glaubt die Oppositionspresse besonders in ihrer Auffassung bestärkt zu werden, daß nur innerpolitische Fragen zur Größerung stehen.

Schließlich heißt es, daß nach erfolgter Einsetzung der neuen Regierung auf Grund des Gesetzes über die Vollmachten des Staatspräsidenten Gesetze von großer Tragweite für das Wirtschaftsleben erlassen werden sollen.

Neue Vollmachten für den Staatspräsidenten.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Ministerrat hat am 6. d. M. das Projekt eines Gesetzes über die Vollmachten der Präsidenten der Republik für die Zeit vom Schluß der laufenden Parlamentssession bis zur nächsten ordentlichen Session dem Sejm vorzulegen beschlossen.

Das Gesetzesprojekt lautet: „Der Präsident der Republik wird ermächtigt, Verordnungen mit Gesetzmacht bis zum Tage, für welchen der Sejm zur nächsten ordentlichen Session einberufen werden wird, im Bereiche der staatlichen Gesetzgebung mit der im Art. 44 Abs. 6 der Verfassung enthaltenen Einschränkung zu erlassen.“

Dieses Gesetzesprojekt befindet sich auf der Tagesordnung der für den 8. d. M. festgesetzten Plenarsitzung des Sejm und wird, nicht ohne vorher eine politische Diskussion im Sejm zu verursachen, beschlossen werden. Diese politische Diskussion wird wohl die lezte in dieser Session sein, die wahrscheinlich am 15. d. M. geschlossen werden soll.

haltene Pressezensur soll nicht zur Anwendung kommen. Man nimmt an, daß die sozialistischen Gewerkschaften sich infolge dieser Regierungsmahnahme auf die Durchführung der bereits angekündigten Streiks beschränken werden.

Streilausschreitungen in Madrid.

Madrid, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) In Madrid wurden wieder zwei Bomben an Neubauten von streitenden Bauarbeitern zur Explosion gebracht, die größeren Sachschaden verursachten. Ferner beschossen mehrere Streitende aus dem Hinterhalt einige Arbeitswillige, die schwer verletzt wurden.

Zwischen Navalmaria und Madrid stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei mehrere Reisende und das Zugpersonal verletzt wurden. Das Unglück wird auf einen Sabotageakt zurückgeführt.

Katholische Volksaktion gegen die Regierung

Madrid, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Führer der katholischen Volksaktion, der stärkste Partei des Landtages, erklärte, er werde die neue Regierung fürzten, wenn diese bei dem für morgen erwarteten Streik der Drucker das Erscheinen der Madrider katholischen Zeitung „El Debate“ nicht garantiere. Diese Zeitung beschäftigt ausschließlich katholisch organisierte Arbeiter, die nicht gewillt sind, sich den Anordnungen der Sozialisten zu fügen.

Die Regierung sieht aber darin eine Herausforderung für die übrige Arbeiterschaft, weshalb sie im Falle des Streikes bei den anderen Zeitungen auch die Zeitung „El Debate“ am Erscheinen verhindern will.

Diktatur in Kuba.

Paris, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Havas berichtet aus Havanna, daß durch eine heute nach veröffentlichte Verordnung die verfassungsrechtlichen Garantien auf 90 Tage außer Kraft gesetzt wurden. Die Regierung habe somit praktisch die Diktatur eingeführt. Das Inneministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterorganisationen durch ihre Weigerung, sich aufzulösen, von selbst der Auflösung anheimfielen. Alle Arbeiterorganisationen werden vom Inneminister als kommunistisch angesehen.

Streik auf Kuba.

London, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) „Times“ meldet aus Havanna, daß außer den Werkarbeitern in Havanna auch die Tabakarbeiter streiken. Die Zeitschriften können, da die Drucker und Seizer die Arbeit niedergelegt haben, nicht erscheinen. Auch die Angestellten der im amerikanischen Besitz befindlichen Eisenbahnen sind im Ausstand. Der Verkehr wird vom Militär aufrecht erhalten. Ferner streiken noch die Fleischer, die Verkäufer und die Kraftdroschkenfahrer. Mittwoch nachmittag wurde auf den Staatssekretär Dr. de la Torre ein Anschlag versucht, jedoch versagte das Maschinengewehr. Der Attentäter ist entkommen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichse vom 8. März 1924.
Krakau + 2,08, Rawicz + 2,02, Warsaw + 2,71, Bielsko + 2,22, Thorn + 3,28, Tordun + 3,33, Culm + 3,32, Graudenz + 3,65, Kurzbowitz + 3,88, Biedrol + 3,75, Dirschau + 3,78, Einlage + 3,16, Schlesienhorst + 3,00.

März

Die Wälder brausen nah und fern.
Die Erde riecht, es regnet gern.
Windröschen stehn im offn'en Grund,
an Kunigund' wird's warm von unk.
Die Kranich' ziehn, bald blüht der Schlech,
zu Benedikt den Haser säe!
Den Höring ist zu Oculi,
das Licht zur Gleiche löscht Marie.
Maria rich' die Neben auf,
nimmt auch den leichten Frost in Kauf;
und ist getan, was nötig war,
so gebe Gott ein gutes Jahr!

Josef Weinheber

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 8. März.

Veränderlich.

Die deutschen Wetterstationen läuden für unser Gebiet veränderlichen Witterungscharakter an.

"Ewig liebe Heimat!"

Ein "Deutscher Abend" Bromberger Uraufführungen.

Der überfüllte Saal des Civillafinos war am Dienstagabend Zeuge eines schönen deutschen Abends, bei welchem dem Thema "Heimat" das hohe Lied gesungen wurde. Deutsche Abende mit einer besonders heimatlichen Betonung haben wir wiederholt erlebt, aber keiner trug die Eigenartigkeit des letzten Abends. Es lag daran, daß Willi Damaschke nicht nur bekannte Männer und Dichter unserer Posener Heimat zu Wort kommen ließ, sondern daß er sich mit ganzer Liebe für einen heranreisenden Dichter einsetzte, der heute in Bescheidenheit im Bromberger Stadtviertel Schleusenan wohnt, und der es vermeidet, an die Öffentlichkeit zu dringen, obwohl er es mehr als mancher andere verdient. Carl Busse und Georg Busse-Palma, das brüderliche Dichterpaar aus Birnbaum, ist mit seinem Schaffen im Deutschen Reich bekannt geworden. Clemens Conrad, der in Schleusenan geboren ist, und sein bisheriges Schaffen hinter diesem Pseudonym verbirgt, hat vorgekämpft zum ersten Mal durch Vermittlung Willi Damaschkes den Weg zu einem größeren Publikum gefunden. Wenigen Eingemeindeten war sein Schaffen bekannt. Damaschke konnte nur wenige Proben aus seiner Feder bringen. Sie waren zeitlich geordnet und verraten eine Steigerung des Empfindens und eine immer sicherer werdende Formung und Gestaltung. Seine Sprache und Empfindungswelt sind frei von jeder Künstlichkeit, markig und dennoch weich. Jedes Bild, das er formt, ist dichterisch gesessen. Ein Frontkämpfer, dessen Seele im Stahlblade Frankreichs geläutert, der seinem Volke sein Opfer gebracht und dennoch mit einem tiefen Glauben an die Zukunft denkt. Der überfüllte Saal spendete jedem der vorgetragenen Werke herzlichen Beifall. Und als Damaschke endete, wollte die Begeisterung nicht nachlassen, Clemens Conrad war gezwungen, sich vorzustellen.

Es war der Abend der Uraufführungen, denn eine zweite Überraschung lag in dem Vortrage des von Adolf König-Bromberg verfaßten und von Wilhelm von Winterfeld vertonten "Schwurliedes", das der Männerchor "Germania" trotz einzelner sahltischer Schwierigkeiten ansprechend zu Gehör brachte. Aus der reichhaltigen Vortragsfolge seien noch Schuberts "Improviso" Op. 142 und Mozarts "Pastorale" erwähnt, die Fräulein Gertrud Klein im Sinne guter stimmungsvoller Hausmusik vortrug. Den Abschluß des Abends bildeten drei schöne Tänze der Turngruppe Gertrud Zimmermann.

Die Osterferien dauern nach einer Verordnung des Unterrichtsministeriums vom 28. März bis zum 3. April einschließlich.

700 polnische Schauspieler ohne Arbeit. Am 29. und 30. März findet in Warschau die Jahrestagung des Verbandes der polnischen Bühnenkünstler statt. Die Tagung wird sich u. a. mit der Frage der Fürsorge für die 700 beschäftigungsfreien Kollegen zu befassen haben.

Die eigene Schwiegermutter um 1050 Zloty bestohlen hatte der 25jährige Erich Kubaszewski. Am 25. September v. J. hatte R. sich während der Abwesenheit der Schwiegermutter Eingang in deren Wohnung verschafft und aus einem unverschlossenen Schrank obigen Betrag entwendet. Auf die Anzeige der Schwiegermutter des R. bei der Polizei wurde dieser einige Zeit später verhaftet. Wegen dieser unerlaubten "Anleihe" hatte sich R. nun vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich offen zur Schuld und gibt an, daß er das Geld zur Stellung einer Kautionsgebühr habe, da er arbeitslos gewesen war und eine Anstellung in Aussicht hatte. Da ihm inzwischen die Schwiegermutter verziehen hatte, ließ auch das Gericht Milde walten und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis mit 5jährigem Strafaufschub.

Mehr Vorsicht beim Überqueren der Straße! Am Dienstag ereigneten sich mehrere Verkehrsunfälle, die darauf zurückzuführen waren, daß die Fußgänger in allen Fällen nicht die nötige Vorsicht walten ließen, sondern den Fahrdamm überquerten, ohne sich davon überzeugt zu haben, ob dieser von Fahrzeugen frei ist oder nicht. So überquerte ein 16jähriger Knabe, der aus einem Friseurgebäude in der Wilhelmsstraße (Nr. 30) kam, die Straße, ohne sich umzusehen und wurde von einer Autotaxe angefahren. Dabei erlitt er glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Ähnlich erging es einem Jungen an der Ecke Danziger- und Bahnhofstraße. Der Chauffeur des hier in

Frage stehenden Autos hielt sofort, so daß der Junge zwar umgerissen, aber nicht verletzt wurde. — Schlimmere Folgen hatte ein Unfall, der sich in der Bahnhofstraße ereignete. Hier überschritt eine 27jährige weibliche Person die Straße kurz hinter einem vorbeifahrenden Tastauto, ohne sich davon zu überzeugen, ob der Fahrdamm frei ist. Eine Taxe, die aus entgegengesetzter Richtung kam, konnte nicht mehr halten und überfuhr die Frau. Der Chauffeur brachte die Unglückliche, die aus besonderen Gründen darum gebeten hatte, nach der Frauenklinik, wo eine infolge des Unfalls hervorgerufene Komplikation schwerer Art festgestellt wurde.

Nicht identisch. Der Fleischermeister Franciszek Złotowski, Adolf Kossuthstr. 5, legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem Fleischergesellen Franciszek Złotowski nicht identisch ist, auf den, wie in Nr. 53 meldeten, in einem Hause der Kujawierstraße ein Überfall ausgeführt wurde.

Ein Feuer brach am Mittwoch gegen 10 Uhr abends in einem Keller des Hauses Wörthstraße (Racławicka) 8 aus. Aus bisher noch ungeklärter Ursache konnten dort Lagernde Gegenstände Feuer fangen. Die alarmierte Feuerwehr hatte nach etwa 1½ stündiger Tätigkeit jede Gefahr beseitigt.

Ein Betrugssprozeß fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der Kaufmann Edmund Suwalski, der hier früher Inhaber eines Büros für An- und Verkauf von Hypotheken war. Die Anklageschrift legt dem S. zur Last, daß er im Jahre 1928 als Bevollmächtigter der Frau Berta Müller, Elisabeth Paschke sowie deren Erben ein diesen gehörendes Haus durch einen fiktiven Kauf an sich gebracht hatte. Das Haus, für das er 8000 Zloty bezahlte, verkaufte er später für den Preis von 51 282 Zloty, wodurch er wissentlich seine Clienten schädigte. Der Angeklagte bekannte sich vor Gericht nicht zur Schuld und gibt an, das Haus auf legalem Wege gekauft zu haben. Die zahlreichen Zeugenaussagen, insbesondere die seines früheren Angestellten und engsten Mitarbeiters, erwiesen jedoch, daß der Angeklagte tatsächlich Bevollmächtigter der Frau Berta Müller und deren Erben war und zu deren Schaden gearbeitet hatte. Das Gericht verurteilte den S. nach Schluss der Verhandlung zu 1½ Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren.

In zweiter Instanz freigesprochen wurde vom Appellationsgericht in Posen der Kaufmann Hugo Kołkowski. Das hiesige Bezirksgericht hatte den Genannten wegen angeblichen Betruges in einer Hypotheken-Angelegenheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Kosten des Verfahrens wurden laut Urteil des Appellationsgerichts der Staatskasse auferlegt.

Verhaftet wurden von der hiesigen Polizei zwei hiesige Kaufleute, die sich die Verführung minderjähriger Mädchen zu unsittlichem Lebenswandel zuschulden kommen ließen.

Deutscher Gruß — 40 Zloty Geldstrafe oder 5 Tage Arrest.

Gnesen (Gniezno), 7. März. Das hiesige Bezirksgericht bestätigte heute die gegen den Kaufmann Johannes Spiekermann wegen eines Heil-Hitler-Grußes vom Starostwo Grodzkie in Gnesen verhängte Strafe vom 15. September vorigen Jahres mit 40 Zloty oder fünf Tagen Arrest gemäß Art. 18 der Verfügung des Herrn Staatspräsidenten vom 11. Juli 1932 Dz. II Nr. 60, Pos. 61. Die Anzeige ist s. B. von einer Schreibmaschinenbeschreiberin des Starostwo Grodzkie erstattet worden.

Ex Crim (Krynica), 6. März. Der Schneider Stanislaw Rajmoniak aus Nowy Miejskie Mlyn bei Wongrowitz übte sein Handwerk aus, indem er von Ort zu Ort zog und bei den Besitzern und Landwirten Sachen ausbesserte. Er kam am 29. Januar v. J. zu dem Landwirt Erich Krüger in Dobitschan, wo er sich 240 Zloty aneignete. Er hatte sich hente vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten und erhielt für den Diebstahl 8 Monate Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist.

Der Arbeiter Jan Palicki und Waclaw Brzezinski aus Crim wollten sich billiges Brennmaterial holen. Sie begaben sich daher am 8. Januar v. J. auf die Tiefwiese des Landwirts Ernst Eichstädt nach Ludwikow, wo sie eine Fuhr Tora aufsluden. Auf der Heimfahrt wurden sie jedoch von Gendarmen abgesetzt. B. gestand den Diebstahl ein und erhielt dafür zwei Monate Arrest, B., der nichts eingestehen wollte, wurde mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Gnesen (Gniezno), 7. März. Aus dem Kontor des Kupferschmiedes Cielewicz, Warschauerstraße, wurde in der Nacht ein Herrenfahrrad im Werte von 200 Zloty gestohlen. — Der Lehrling des Bäckermeisters Streich ließ sein Fahrrad beim Semmelausfahren in einem Hause stehen, als er zurückkam, war das Fahrrad von einer bisher unbekannten Person entwendet.

Aus der Wohnung von Jelinski, sr. Hornstraße 28, wurden von bisher unbekannten Einbrechern in den Vormittagsstunden ein Mantel, Lederhandschuhe, ein Gebetbuch, eine Brieftasche mit Papieren sowie ein Portemonnaie mit 15 Zloty Inhalt gestohlen.

Znowroclaw, 7. März. Der letzte Pferdemarkt entwickelte sich trotz des schlechten Wetters überaus lebhaft; es war auch viel Material aufgetrieben. Gewöhnliche Arbeitspferde brachten 80 bis 100 Zloty, bessere wurden mit 200 bis 250 Zloty gehandelt und für Kutsch- und Reitpferde wurden 300—4000 Zloty gefordert. Der Auftrieb von Hornwisch war wegen der herrschenden Unwettere verboten.

Bei Regulierungsarbeiten des Schulplatzes der Volksschule in Radziejów Kuj. geriet der 18jährige Tadeusz Sarński unter einen Eisenwagen, wobei er eine Quetschung des Brustkorbes erlitt. In schwerverletztem Zustande schaffte man den Knaben zum Arzt.

Posen, 7. März. Bei einem Einbruch in die Volksbücherei St. Martinstraße 37 haben die Diebe Bücher im Werte von 5000 Zloty gestohlen. Die Einbrecher wurden jedoch überraschend schnell ermittelt und festgenommen. Es sind dies Josef Binder, Wallischei 60, Bogdan Wolf und Czech Wrzyszczynski, sr. Hardenbergstraße 35, die beiden lebten also Bewohner des ehemaligen "Lustigen Städtchens". Einige 150 Bücher und 40 Mappen wurden ihnen abgenommen.

Hier wurde Marie Smolarek von der Remontal-Allee 17, ebenfalls Bewohnerin des "Lustigen Städtchens", festgenommen, zusammen mit dem vielfach vorbestraften 38jährigen Maximilian Jakubowski, weil sie in Graudenz falsche Behn-Zlotystücke in Umlauf gesetzt hatten.

Die beiden Obdachlosen, der 38jährige Leon Busse und der 35jährige Kazimir Turkiewicz, sprachen den Arbeiter Leon Pigłowski abends in der Rathausstraße an und forderten von ihm Geld zu Schnaps. Als er die Herausgabe von Geld verweigerte, fielen sie über ihn her und raubten ihm einen Geldbetrag. Die beiden wurden bald ermittelt und festgenommen.

Hier wurde der 21jährige Maximilian Slediada aus Bromberg festgenommen, der seines Vaters Kasse um 2600 Zloty erleichtert hatte und nach Posen geflüchtet war, um das Geld in leichter Gesellschaft zu verprassen.

hp Schulz (Solec), 7. März. Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten Butter 1,30—1,40, Eier 0,90—1,00, Weizkäse 0,25, Kartoffeln 2,50.

In der vergangenen Woche wurde zum wiederholten Male bei dem Lehrer in Weichseltal ein Einbruch verübt; es wurde vom Boden Wäsche, die dort zum Trocknen aufgehängt war, gestohlen.

so Strelno, 6. März. Auf dem hier heute abgehaltenen gut besuchten Vieh- und Pferdemarkt waren 76 Stück Vieh und 55 Pferde aufgetrieben. Nur eine gute Milchkuh wurde mit 250 Zloty bezahlt, während Mittelware mit 140—180 Zloty gehandelt wurde. Schlechteres Viechmaterial konnte man von 100 Zloty an haben. Für Schlachtvieh wurden 180—170 Zloty (16—20 Zl pro Bentner) gezahlt. Gehandelt wurde mittelmäßig. Der Pferdehandel war schwach. Für gute schwere Arbeitspferde verlangte man bis 500 Zloty und für Mittelware 200—300 Zloty.

* Wirsitz (Wyrzysk), 7. März. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurde gezahlt: für Butter 1,20—1,30 pro Pfund, Eier 0,80—0,90 pro Mandel, grüne Heringe 0,40. Auf dem Schweinemarkt brachten Ferkel 16—20 Zloty pro Paar.

Die Rettungsaktion

auf der Karsten-Zentrum-Grube.

Beuthen, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rettungsaktion zur Befreiung der eingeschlossenen Bergleute machte infolge der großen Schwierigkeiten, die sich den Bergungsmannschaften entgegenstellten, nur langsame Fortschritte. Es ist gelungen, mit einem der Eingeschlossenen in direkte Verbindung zu treten. Diesem konnten durch Rohrleitungen Lebensmittel zugeführt werden. Man hofft, in kurzer Zeit zu den anderen verschütteten Bergleuten vorzustoßen.

Die tertonischen Beben

Wie wir von sachmännischer Seite erfahren, handelt es sich bei dem gewaltigen Erdbeben um ein tertonisches Beben, wie es im oberschlesischen Bergrevier nicht selten ist. Die Erdbeben, die Erdbebenähnlichen Charakter haben, treten von Zeit zu Zeit auf und erreichen besonders im Gebiet der Stadt Beuthen die stärkste Auswirkung. Abgesehen von den Erdbebenungen, die infolge des tertonischen Aufbaues des Untergrundes des oberschlesischen Bergwerkreviers durch den Bergbau selbst künstlich hervorgerufen werden, hat dieses Revier noch mit zusätzlichen Druckspannungen in der Erdbebeneinne zu rechnen. Diese Eigenart des Reviers hat bisher eine wissenschaftliche Klärung noch nicht erfahren.

Bereits im Januar 1932 wurde die "Karsten-Zentrum"-Grube von jolch tertonischem Beben hart betroffen. Damals wurden 14 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten. Erst nach 144 Stunden aufopfernder Arbeit, als man bereits alle Hoffnung auf Bergung der Verunglückten aufgegeben hatte, konnten die Bergungsmannschaften zur Unglücksstelle vordringen und noch sieben Bergleute lebend bergen.

Bau eines neuen "Tscheljuskin".

Auf den Leningrader Schiffswerften soll ein neuer Fracht- und Passagierdampfer des "Tscheljuskin"-Typs für Polarfahrten mit 3500 Tonnen gebaut werden. Beim Bau des neuen Dampfers werden die Erfahrungen des alten "Tscheljuskin" verwertet werden.

Hochwassergefahr in den Weststaaten Nordamerikas.

Die großen Schneestürme der letzten Zeit haben bei dem jetzt eingetretenen Tauwetter in den Weststaaten ausgedehnte Überschwemmungen verursacht. Viele Acker, Eisenbahnenlinien, Städte und Landstraßen sind überflutet. Im Staat Connecticut sind bereits drei Kinder ertrunken. Das Eis wird mit Dynamit gesprengt, um Stauungen zu verhindern. Im Staat Newyork sind zahlreiche Dörfer vom Hochwasser bedroht. Der Hudson steigt. In der Stadt Troy müssen die Waren aus den tiefelegenen Stadtteilen in die höheren geschafft werden. In der einige Kilometer nördlich gelegenen Stadt Waterford haben viele Familien ihre Wohnungen bereits geräumt. Bei Binghamton stieß man das Brechen der Eisbarriere. In Pennsylvania stieg der Allegheny-Fluß gefährlich an und hat bereits Brücken und Häuser zerstört. In Charlestown (West-Virginia) sind die Keller des Geschäftsviertels überschwemmt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Ein wichtiges Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts.

Das Einkommensteuergesetz sieht vor, daß die Schätzungscommissionen auf Antrag des Steuerpflichtigen die veranlagte Steuer niederschlagen können, wenn sie sich davon überzeugen, daß ein solches Verfahren mit Rücksicht auf die kritische Lage des Steuerpflichtigen geboten ist. Trotz dieser Bestimmung des Gesetzes haben die Steuerbehörden unter Umgehung der Schätzungscommissionen ein solches Verfahren abgelehnt. Nun aber hat das Oberste Verwaltungsgericht eine grundsätzliche Entscheidung dahin getroffen, daß die Leiter der Finanzämter nicht berechtigt sind, solche Anträge von Steuerpflichtigen auf eigene Faust zu erledigen, daß sie vielmehr verpflichtet sind, sie den Schätzungscommissionen vorzulegen.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbel; für Stadt und Land und den Außen- und Reklame: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der "Hausfreund" Nr. 55

Zeitgemäße Mädchenbildung

in den Erziehungsheimen der

Hoffbauer - Stiftung

Potsdam-Hermannswerder 16

Ländliche Haushaltungsschule. Frauenschule, ein- und dreijährig. Werkjahr für Abiturientinnen. Grundschule. Oberlyzeum (Abitur in der Anstalt) 1528

Geist und Körper kommen gleichmäßig zu ihrem Recht

Bekanntmachung.

Die Untersuchung von Zugtieren der Haustiere im Bezirk der Stadt Bydgoszcz findet im Jahre 1934 wie folgt statt: 16. und 17. März, 15. und 16. Juni, 14. und 15. September, 14. und 15. Dezember auf dem Viehplatz beim Städtischen Schlachthof, in der Zeit von 8–10 Uhr vormittags. 2334

Bydgoszcz, den 27. Februar 1934.

J. A. des Stadtpräsidenten:
(-) Dr. M. Nowakowski, lekarz miejski.

Nehmen Sie die billigen Monate der

Gazownia Miejska

vom 1. Februar bis 30. April 1934 wahr.

Bedeutende Ermäßigungen

Nähre Informationen: Tel. 630, 631, 784

Unentgeltliche Beratung betreffend Kochen auf Gas.

BÜRO-ARTIKEL

1733

Briefordner Schnellhefter Ableggästen Schreibzeuge Aktendeckel Papierkörbe Löcher Lineale Locher



A. DITTMANN T. Z.
O.P.
Bydgoszcz, Marszalka Focha 6.

Fa. Fr. Hartmann, Oborniki
Gartenbaubetrieb und Samenhandlung
offeriert

Feld-, Gemüse- und Blumensamen
für Gärtnerei und Landwirtschaft

Spezialität:

Beste erprobte Markt- und Frühgemüse, Futter-Rüb., Eckendorf, Riesen-Walz., Futtermöhren, Wruken

u. dergl.

Gemüse- u. Blum.-Samen in kolorierten Tüten.

Obstbäume in besten Sorten.

Beeren - Sträucher, Ziersträucher und mehrere tausend Mahonienpflanzen, Erdbeer-, Spargel- und Rhabarberpflanzen.

Rosen in Busch- u. Frühjahrsstäben - Stauden u. Schnitt.

ausdauernde Stauden z. Schnitt.

Massenvorräte Edel-Dahlien in ca. 100 Prachtsorten. Gladilien,

neueste amerikan. Riesen.

N. B. Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer und größeren Bedarf.

Der Betrieb umfasst etwa 75 Morgen.

Das neue illustr. Preisverzeichnis gratis.

Gesäßhof Słowno Post Ostaszewo Toruńscie nimmt jederzeit Hühnereier zur Lohnbrut. Einlegegebühr je Ei 15 gr. Schlüsselgebühr je Käfer 5 gr. Verkauf von Bruteier: weiß, amerik. Leghorn 25 gr. Eintagsküken à 80 gr. Rote Rhodeländer je Ei 30 gr. Eintagsküken 90 gr. engl. Sulfer je Ei 80 gr. Eintagsküken 160 gr. Bruteier gelb. Dryptingtonen je 60 gr. Verkauf nur geg. Nachn. od. Boreinsend. d. Br. 1237

Original Futterrübensamen

Substantia

Großer Ernteertrag, hoher Gehalt an Nährstoffen sowie vorzügl. Haltbarkeit sind die allgemein anerkannten Vorzüge unserer seit 1900 systematisch gezüchteten Futterrübe.

Preis 75 zt für 50 kg ab Station ŚRODA

Wiederverkäufer erhalten Rabatt 1885

Saatzuchtwirtschaft Ślupia-Wielka, Środa

235

Ab Freitag, den 9. März bringen wir,

zum ersten Male einen vollständig deutschsprachigen Film. Wiener Dialekt, ein Superfilm der österreichischen Produktion

235

Kino Kristal

mit der Königin der Wiener

Oper Maria Jeritza dem weltberühmten Tenor

Leo Slezak,

mit dem genialen Komiker

Paul Hartmann Joh. Riemann.

Ein schönes, sonniges Fragment aus

dem Leben russischer Aristokraten,

voller Gefühl, Humor u. Wiener

Anmut. Dieser Film läuft augen-

blicklich in ganz Polen mit Riesen-

erfolg.

235

Vollständig

deutschsprachiger

Film

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

235

Bromberg, Freitag, den 9. März 1934.

Pommerellen.

8. März.

Graudenz (Grudziądz)

Die Weichsel ist seit Dienstag nachmittag $2\frac{1}{2}$ Uhr weiterhin gestiegen. Mittwoch um die gleiche Zeit war ein Wasserstand von 3,68 Meter über Null vom Pegel abzulesen, somit eine Zunahme um 8 Zentimeter. *

Der unerlaubten Grenzüberschreitung hatte sich ein junger Mann aus Szczepanek, Kr. Graudenz, schuldig gemacht. Er war nach Ostpreußen über die Grenze gegangen, wo er sich über dreiviertel Jahr aufzuhalten vermochte. Im Januar d. J. wurde er von den deutschen Behörden ausgewiesen und den polnischen Funktionären übergeben. Jetzt mußte sich der Erwähnte vor dem hiesigen Bezirksgericht verantworten, das ihn zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte. Erschwerend kam in Betracht, daß der Angeklagte, bevor er die Grenze überschritt, zum Militärdienst eingezogen werden sollte. *

Betr. Herkunftsatteste für Vieh, die oft unrichtig ausgestellt werden, weist der Starost des Landkreises Graudenz die ihm unterstellten Gemeinden und Behörden darauf hin, daß für Einhufer und Hornowich für jedes Stück ein besonderes Attest erforderlich ist. Für andere Tiere genügen Sammelatteste, und zwar wenn es sich um Tiere derselben Gattung und desselben Besitzers handelt. Für Vieh, das zum Export ins Ausland bestimmt ist, sind Ortsherstammlungsbescheinigungen nur dann auszustellen, wenn die Tiere sich in der betreffenden Ortschaft mindestens während der letzten zwanzig Tage befunden haben. Die Herstammlungsatteste sind in Heftform ausgeführt. Jedes Blatt des Heftes besteht aus zwei Abschnitten mit gleichlautendem Text. Der Rückenabschnitt bleibt nach Ausfüllung im Heft, während der andere Abschnitt mit ebenso lautendem Text als Ortsherstammlungs-Attest ausgegeben wird. Die Rückenabschnitte müssen innerhalb zweier Jahren vom Tage der Ausgabe des letzten Attestes aus dem Heft überwiesen werden. Es ergibt sich somit hieraus, daß die Rückenabschnitte in keinem Falle ebenfalls als Atteste über die Ortsherstammlung für Vieh benutzt werden dürfen. *

Noch ungelärt. In der Angelegenheit des, wie gemeldet, sehr schwer verletzt aufgefundenen und danach gestorbenen Eisenbahnschlossers Malinowski wird weiter gemeldet: M. arbeitete am Montag von früh bis nachmittags in der Bahnhofskasse. Danach hob er seinen Lohn in Höhe von 110 Złoty (nach Abzug der Anleiherate) ab und ging nach Hause, wo er die Miete bezahlte und sonstiges regelte; dann begab er sich zu einem Rechtsanwalt. Abends 6 Uhr hat M. noch in einem Zeitungsbureau sein Abonnement bezahlt. Als man ihn dann schwerverletzt auf dem Pflaster vor "Madeira" entdeckte, hatte er keinerlei Geld bei sich. Wahrscheinlich hat er dort einen ihm bekannten Sergeanten besuchen wollen. Wie er zu den tödlichen Verlebungen gekommen ist, hat bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden können. Ob die Vermutung, die neben anderen auch hegt wird, daß es sich um einen Raubüberfall handeln könne, sich bewahrheiten wird, bedarf ebenfalls gründlicher Nachforschungen. *

Thorn (Toruń)

Dem Tätigkeitsbericht

des Thorner Stadtparlaments für das Jahr 1933 zufolge, der in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Verleihung gelangte, fanden im verflossenen Jahre 11 gewöhnliche und 2 außergewöhnliche Sitzungen statt. Während die Stadtverordneten Blaszczyński, Döhn, Dybowski, Klaaf, Rundt, Tomaszewski, Witkowski und Jawislawski keine Sitzung versäumten, blieb Stadt. Göring ohne Entschuldigung allen Sitzungen fern. Die höchste Teilnehmerzahl an den Sitzungen betrug 38 Stadtverordnete, die niedrigste 28, die durchschnittliche 33. Insgesamt wurden 257 Angelegenheiten erledigt.

Das verflossene Jahr als Jubiläumsjahr des 700-jährigen Bestehens unserer Stadt wurde durch eine feierliche Messe in der Johanniskirche eingeleitet, der die Mitglieder der städtischen Organe, zahlreiche Gäste

sowie die Bevölkerung beiwohnten. — Ein spezielles Festkomitee veranstaltete 4 Ausstellungen, nahm sich der inländischen und ausländischen Ausflüglergruppen an und organisierte zahlreiche Kongresse, so an der Zahl, u. a. den allpolnischen Kongress der Kirchenböre und pommerellischen Gesangvereine, an dem der Primas Polens, Kardinal Dr. Hlond, teilnahm. Das Rathaus besichtigten 273 Ausflüglergruppen.

Im Berichtsjahr wurden 62 Bauparzellen unentgeltlich abgegeben, auf denen zum größten Teil schon Gebäude stehen, da ein Drittel derselben im Jahre 1932 vergeben wurde.

Das Stadtparlament beschloß die Übernahme der sog. Bäckerberge von den Staatsbehörden, desgl. den Plan und das Ausbauprogramm dieses übernommenen Terrains. Bei den Arbeiten auf diesem Gelände wurden einige hundert Arbeitslose beschäftigt. Eine wichtige, durch die Stadt im Berichtsjahr angefangene Investition war der Bau eines Kollektors in der ul. Wodna. Die Stadt erwarb bei einer Versteigerung die Ziegelei Rudak. Diese Ziegelei wird besondere Bedeutung für den Wege- und Straßenbau haben.

Weiter wurden die Renovierung des Artushofes durchgeführt, der Ausbau der Kühlhallen im städtischen Schlachthaus beschlossen, sowie ein Beschluß zum Ankauf von 10 Kühen für die städtischen Vorwerke herbeigeführt. Für den Verkehr zwischen den beiden Weichselufern wurde endlich der Bau einer Straßenbahlinie beschlossen, die im Dezember ihren Betrieb aufnahm. Das Stadtparlament schaffte durch seine Beschlüsse die Unterlagen für die Verlegung der Eisenbahnlinie von Danzig nach Thorn.

Über das Budget für das laufende Jahr beriet das Stadtparlament in 7 Sitzungen. Im Kalenderjahr wurden einige Statuten beschlossen.

Die Bemühungen des Stadtparlaments zur Belassung des Appellationsgerichts in Thorn in Form zweier Revolutionen brachten leider keinen Erfolg, da das Appellationsgericht in Thorn aufgelöst und dessen Bezirk dem Appellationsgericht in Posen zugeteilt wurde.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des neuen Selbstverwaltungsgesetzes vom 1. 7. 33 fanden die Versammlungen des Stadtparlaments unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten statt. Das erwähnte Gesetz verringerte die Zusammensetzung des Stadtparlaments von 42 auf 40 Mitglieder.

Am 26. 11. 1933 fanden die Wahlen der neuen Stadtverordneten statt. **

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh bei Thorn 3,57 Meter über Normal, gegen 3,59 Meter am Vortage. Auf dem Strom treiben nur noch vereinzelte Eisbündel. — Am gestrigen Tage passierte Passagierdampfer "Mickiewicz" die Stadt auf der Fahrt von Warschau nach Danzig. Aus Warschau trafen gleichfalls ein: Schlepper "Radziec" mit 3 leeren Kahnern, "Barwaria" mit 3 beladenen Kahnern, "Reduta Ordona" mit 2 leeren Kahnern sowie "Pośpież" mit einem beladenen Kahn. Schlepper "Barwaria" und "Goplana" machten sich mit 4 bzw. 3 Kahnern auf den Weg nach Danzig. **

Apotheken-Nächtidienst von Donnerstag, 8. März, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 15. März, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 11. März, hat die "Adler-Apotheke" (Apteka pod Orłem), Altstädtischer Markt (Rynek Staromiejski) 4, Fernsprecher 7. **

Die Neuwahlen der Beifitzer für das Kaufmannsgericht der Stadt Thorn finden laut Bekanntmachung des Vorsitzenden des Wahlausschusses am 30. April 1934, von 6 bis 9 Uhr nachmittags im Stadtverordneten-Sitzungssaale, Rathaus Zimmer 22, statt. Es sollen sieben Beifitzer auf 4 Jahre aus den Kreisen der arbeitgebenden Kaufleute (das sind solche, die mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungshelfer für ein ganzes Jahr oder gewisse Zeit beschäftigen) gewählt werden und gleichfalls sieben Beifitzer

aus den Kreisen der arbeitnehmenden Handlungsgehilfen. Gewählt werden können nur solche Personen, die polnische Staatsbürger sind und das 30. Lebensjahr vollendet haben, und die im Zeitraum eines Jahres vor der Wahl weder für sich noch für ihre Familie Mittel aus öffentlichen für Arme bestimmten Fonds erhalten haben, ohne daß sie diese inzwischen zurückgestatteten; auch müssen sie im Bezirk des Kaufmannsgerichts (Stadt Thorn) mindestens 2 Jahre selbstständig ein Handelsunternehmen geführt haben oder in einem solchen Unternehmen beschäftigt sein. Das Wahlrecht besitzen alle männlichen und weiblichen polnischen Staatsbürger, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirk des Kaufmannsgerichts selbstständig ein Unternehmen führen bzw. in einem solchen angestellt sind. Die Wahlen sind unmittelbar und geheim und finden unter der Leitung der Wahlkommission statt. — Die Kandidatenlisten für Kaufleute und Handlungsgehilfen sind bis spätestens 9. April 1934 einschließlich, zwischen 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags, im Sekretariat des Kaufmannsgerichts, Rathaus Zimmer 37, einzureichen. Jede Kandidatenliste muß mit den Namen der sie einreichenden Wählergruppe versehen sein und kann mehr als sieben Kandidaten aufweisen; sie muß von mindestens zehn Wählern der betreffenden Wählergruppe unterschrieben sein und auch den Namen des Bevollmächtigten enthalten. — Weitere Einzelheiten finden unsere interessierten Leser in der Bekanntmachung des Vorsitzenden des Wahlausschusses oder im "Pomorski Dziennik Wojewódzki" Nr. 5 vom 1. März d. J. **

Die Marktfahrgeldbühren für Wagen erfuhrn durch Beschluss der Stadtverwaltung eine Veränderung und betragen jetzt: vom Vierspänner-Fuhrwerk 50 Groschen, vom Zweispänner-Fuhrwerk 30 Groschen und vom Einspänner-Fuhrwerk 20 Groschen. **

Unter dem Verdacht der Mittäterschaft an einer Brandstiftung wurde eine Person verhaftet, eine andere unter dem Verdacht der unrechtmäßigen Anwendung eines Fahrrades und von 50 Złoty Bargeld. Sechs Personen, die sich zum Zwecke des Kohlendiebstahls auf dem Eisenbahnpark herumtrieben, wurden der Burgstaroste zugeführt. Neben fünf kleinen Diebstählen kamen noch zwei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften zur Anzeige. **

Wegen systematischer Diebstahls von Petroleum zum Schaden des Kaufmanns Emil Jawislawski nahmen fürzlich auf der Anklagebank des hiesigen Burggerichts Platz: Lipiński, Lipińska, Kamiński, Gajewski und Debowski, sämtlich wohnhaft in Thorn. Die Angeklagten stahlen seit über zwei Jahren Petroleum aus dem über Nacht auf dem Hof des Grundstücks in der Culmer Chaussee (Chelmińska Szosa) untergestellten Tankwagen. Zu ihrer Verteidigung sagten sie aus, daß sie das Petroleum nicht stahlen, sondern nur durch Unterstellen von Gefäßen vorbeugen wollten, damit das aus dem schlecht verschlossenen Bassin austießende Petroleum nicht vergiebt wird. Das Gericht schenkte ihnen Angaben jedoch keinen Glauben und verurteilte: Lipiński und Lipińska zu je vier Wochen, Kamiński und Gajewski zu zwei Wochen, und Debowski wegen erwiesener Habserei zu sechs Wochen Arrest. Sämtlichen Angeklagten wurde ein zweijähriger Strafaufschub bewilligt. **

10 Monate Gefängnis —

weil er den Lehrer verprügelte. In Löbau (Lubawa), 7. März. Vor dem hier tagenden Bezirksgericht hatte sich der Schmied Fr. Gotowala aus Rynek hiesigen Kreises zu verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, sich in die dortige Dorfschule begeben, den Lehrer Czekański am Kragen gepackt, an die Wand gedrückt und dann zu Boden geworfen zu haben, wobei Czekański während langer Zeit die Besinnung verlor und sich Verlebungen am Kopfe zugezogen hat. Der Angeklagte hatte sich zu der Tat hinreißen lassen, weil der Lehrer sein Kind

Thorn.

Bereinsbank Toruń

Bank Spółdzielczy z o. odp.

Toruń

Ordentliche

Mitglieder - Versammlung

am Freitag, dem 23. März 1934, 13.30 Uhr (1.30 Uhr nachm.), im Deutschen Heim in Toruń, wozu wir unsere Mitglieder ergebenst einladen. Wir machen darauf aufmerksam, daß Vertreter von juristischen Personen sich durch eine ordnungsmäßige schriftliche Vollmacht ausweisen müssen.

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr 1933.
- Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Jahresrechnung 1933.
- Belohungsfassung über die Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinns für 1933.
- Belohungsfassung über die Entlastung der Verwaltungsorgane.
- Mahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
- Berichtes.

Die Jahresrechnung liegt zur Einsicht für unsere Mitglieder in unserem Kassenlokal aus.

Toruń, den 8. März 1934.

Der Aufsichtsrat der Bereinsbank Toruń

Bank Spółdzielczy z o. odp.

Toruń

J. A.: W. Rinow, Vorsitzender.

Neufertigen und Aufpolstern von Sofas, Matratzen, Thailongues schnell, zu kaufen, gekürt. Off. u. lauber, billig. Komme auch nach außerhalb. B. 1849 an Ann.-Exp. F. Böttlinger, Tapezier, Male Garbarz 11. 1524 Wallis, Toruń. 2314

Großer Sonderverkauf

in PORZELLAN

Gustav Heyer, Szeroka 6.

Tauringe! Große

Auswahl. Billige Preise.

E. Lewogłowski, Uhr-

macherin, Motowa 34.

Ela. Reparaturwerkst.

Piano, freizulässtig,

taus und erbittet Preisangebote

Jabel, Toruń, Kazim.

Jagiellonianka 8. 2124

500 Zentn. Butterküchen

verkauft, auch in klein.

Meng. Hermann Domke

2285 Wielka Nieszawka,

p. Cierpice, pow. Toruń.

Gute Gold und Silber

Hoffmann, Goldschmiede.

meister, Bielany 12. 2179

Sicher Neues Grund-

stück mit Obst-

gart, bei 3000 zl. Una zu

kaufen. Nähe Gr. Off.

u. Nr. 2260 a. d. Gesch.

u. Kriede, Grudziądz.

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, den 11. März 1934

(Väter).

* Bedeutet anschließende

Abendmahlfeier.

Altstadt. Kirche. Vorm.

10 1/2 Uhr Gottesdienst, Pf.

Kubert, 11 1/2 Uhr Kinder-

Gottesdienst, abends 8 1/2 Uhr

Geistliche Abendmahl.

St. Georgen - Kirche.

Der Gottesdienst fällt aus.

Kullan. Vorm. 11 Uhr

Gottesdienst.

Golęcian. Vorm. 9 Uhr

Gottesdienst.

Podgorz. Vorm. 10 Uhr

Gottesdienst, nachm. 3 Uhr

Jungmädchen, 1/2 Uhr

Jungmänner, Mittwoch

abends 6 Uhr Passions-

andacht.

Groß-Bösendorf. Vorm.

10 Uhr Gottesdienst in

Guttai, 14 Uhr Verkamm.

d. Jugend. Konfirmanden-

saal, Mittwoch abends 18 Uhr

Passionsgottesdienst.

Reinberg. Vorm. 10 Uhr

Gottesdienst, nachm. 3 Uhr

Jungmädchenkreis, Freit-

abend, 5 Uhr Passions-

andacht, Donnerstag nachm. 5 Uhr

Passionsandacht.

Fürstenau. Nachm. 3 Uhr

Gottesdienst.

Rihwalde. Vormittags

10 Uhr Gottesdienst.

Modrau. Nachm. 2 Uhr

geschlagen hatte. Das Urteil lautete auf 10 Monate Gefängnis ohne Strafauftakt.

ef Briesen (Bahrzeino), 7. März. Von der Polizei in Rheinsberg festgenommen wurde P. Przyjada, als er im Begriffe war, dem Fleischer Lewandowski Nährwaren zu stehlen.

v Culmsee (Chelmza), 7. März. In der Zeit vom 1. bis 28. Februar d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 23 eheliche Geburten (11 Knaben und 12 Mädchen) sowie die unehelichen Geburten von 8 Knaben und 1 Mädchen zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 26 (13 männliche und 13 weibliche Personen), darunter 8 Erwachsene im Alter von über 50 Jahren und 12 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 11 Geschlechtungen vollzogen.

d Gdingen (Gdynia), 8. März. Tödlich verunglückt ist beim Kuppeln von Eisenbahnwagen im Hafen der Eisenbahnbeamte Franz Klein. Beim Rangieren von Güterwagen stolperte er und fiel so unglücklich zu Boden, daß er unter die Räder der Lokomotive kam. Die Räder trennten dem Unglücklichen die Beine und Hände vom Leibe, während der Kopf völlig zerquetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Einem Unglücksfall zum Opfer fiel im Hafen der Arbeiter Franz Kotwas von hier. Er wurde von einem ranzierenden Zuge infolge eigener Unvorsichtigkeit so heftig fortgeschleudert, daß er einen Beinbruch und gefährliche Wunden am Kopfe davontrug. Den Schwerverletzten schaffte man sofort ins Krankenhaus.

Vom plötzlichen Tode ereilt wurde im Zuge der Bahnarzt Dr. Ant. Czarnowski aus Hela. Kaum hatte er im Zuge einen Platz eingenommen, als ein Herzschlag seinem Leben ein Ende mache.

iz. Konitz (Chojnice), 6. März. Feuer brach gestern abend gegen 10 Uhr in Osowo, Kreis Konitz, im Hause eines Winckewski aus. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich. In kurzer Zeit standen das ganze Gebäude und die Nachbarhäuser in Flammen und brannten bis auf die Umschärfsmauer nieder. Der Schaden beträgt gegen 6000 Zloty und ist durch Versicherung gedeckt. Der Brand soll durch einen schadhaften Schornstein entstanden sein.

Der heutige Wochenmarkt war schlecht besucht und brachte folgende Preise: Butter 1,20—1,50, Eier 1—1,10, Fett 18—20 Zloty.

Gestern abend hielt der Katholische Gesellenverein im Hotel Engel seine erste Monatsversammlung in diesem Jahre ab. Nach der Aufnahme von zwei neuen Mitgliedern hielt Malermeister Conrad einen Vortrag über das Kloster "Lavra" bei Kiew. Nach der Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Liede geschlossen.

ef Schönsee (Kowalewo), 7. März. Unbekannte Diebe stahlten dem Galanteriegeschäft Stankiewicz einen unerwünschten Besuch ab und ließen dabei Waren im Gesamtwerte von 1000 Zloty mitgehen. — Der hiesigen Polizei ist es gelungen, die Diebe, die kürzlich in die hiesige Raiffeisenfiliale eingebrochen waren, zu ermitteln und festzunehmen. Die geflohenen Sachen, die sich zum Teil bereits im Culmer Kreise befanden, konnten den rechtmäßigen Eigentümern wieder zugestellt werden.

h Soldau (Dzialdowo), 7. März. In einer der letzten Nächte wurde die Schaufeuerscheibe des Bäckermeisters Jurij eingeschlagen und zwei Brote gestohlen.

Seit längerer Zeit treibt auf der Eisenbahnstrecke Warchan—Grandenz eine Diebesbande ihr Unwesen, indem sie in die Güterwagen eindringt und auf bestimmten Punkten Rästen mit Waren herauswirkt, die von Helfershelfern fortgeschafft werden. Kürzlich waren wiederum nachts Eisenbahndiebe in der Nähe von Börgerisdorf (Burkau) im hiesigen Kreise mehrere Rästen,

enthaltend Glaswaren, aus dem Zuge heraus. Eine durch die Polizei eingeleitete Streife führte zur Festnahme des Arbeiters Adolf Banik, der im Verein mit drei anderen Spitzbuben eine gestohlene Kiste auf ein Fuhrwerk laden wollte. Die drei anderen Spitzbuben entkamen in der Dunkelheit. Der festgenommene B. verweigert die Angabe der Namen seiner Komplizen. In derselben Nacht wurde von einem Waggon die Plombe abgerissen und zwei Kisten frische Heringe gestohlen.

f. Strasburg (Brodnica), 7. März. Ein trauriger Vorfall ereignete sich in Miesiączkowo hiesigen Kreises. Das zweijährige Söhnchen Edmund des Besitzers Dubanowski hatte sich, von niemand bemerkt, von Hause entfernt und war an den etwa 50 Meter entfernten Teich gelaufen. Dort stieg das Kind auf einen provisorisch angelegten Steg, glitt aus, fiel ins Wasser und ertrank. Die Leiche wurde geborgen.

Aus einem Hausflur in der Steinstraße (Kamionka) wurde dem Marian Trzezialekowski aus Kurzenit ein Fahrrad gestohlen.

Generalkirchenvisitation in der Stadt Posen

II.

Die nächsten Tage der Generalkirchenvisitation brachten an öffentlichen Veranstaltungen die Visitationsgottesdienste in den verschiedenen Gemeinden. So wurde am Dienstag die Lukaskirche besucht, die vor 40 Jahren in dem damals mächtig aufblühenden Vororte Jeritz gebaut worden ist, nachdem sich die Gemeinde von der Muttergemeinde St. Pauli ein Jahrzehnt vorher abgesegnet hatte. Heute hat die Gemeinde, wie alle Posener Kirchengemeinden, durch starke Abwanderung an Seelenzahl erheblich eingebüßt, so daß sie sich wieder, wie schon vor ½ Jahrhundert enger an die St. Pauligemeinde anschlossen hat und mit von Pfarrer Hammer betreut wird. Die Predigt im Visitationsgottesdienst hielt Pfarrer Dey aus Pinne.

Die schöne große Christuskirche, in der am Mittwoch der Visitationsgottesdienst stattfand, ist noch jünger als die Lukaskirche. Da Lazarus eine ähnliche Entwicklung durchgemacht hat wie Jeritz, wurde die Christuskirche ihrerseits mit dem Größerwerden der Gemeinde von der Lukaskirche abgetrennt. Das würdige Gotteshaus ist erst vor 27 Jahren errichtet worden. Auch hier war der Gottesdienst, wie in der Lukaskirche, gut besucht und festlich ausgestaltet. Es predigte Pfarrer Dinkelmann aus Binsdorf, während hier wie überall Generalsuperintendent D. Blau die Schlussansprache hielt. Alle Predigten und Ansprachen standen auch in diesen Gottesdiensten unter dem Gesamthema „Kirche und Volk“.

Der Montag abend war durch eine allgemeine Frauenversammlung ausgefüllt, die sich in der Petrikirche zusammenfand, der zweitälteste evangelischen Kirche von Posen, die aber als sogenannte Unitatsgemeinde dem Posener Kirchenkreis nicht angeschlossen ist. Die sehr kleine Gemeinde hat gegenwärtig nach dem Tode von Geheimrat Hänsch keinen eigenen Pfarrer mehr. In der Frauenveranstaltung sprach Pfarrer Dey aus Pinne über die katholische Perle, deren Erringung das Lebensziel jeder christlichen Frau sein sollte.

Auch die Männer hatten ihre für alle Gemeinden bestimmte allgemeine Männerversammlung, und zwar am Donnerstag abend im Evangelischen Vereinshaus, neben Superintendent D. Rhode und Generalsuperintendent D. Blau Pfarrer Dinkelmann und Superintendent Neimann das Wort nahmen.

Der übrige Teil des Tages war für die Visitationskommission reich besetzt, da Schulen, Friedhöfe und Ansäften besucht wurden und außerdem Sitzungen mit den verschiedenen Gemeindekirchenräten stattfanden. pz.

Rasputins Ende.

Bergfistet, angeschossen und niedergemüppelt!

Die teilweise grausigen Einzelheiten über den Tod des russischen „Wundermönchs“ Grigory Rasputin sind zwar bereits vor etwa fünf Jahren durch ein in englischer Sprache erschienenes Buch des Hauptbeteiligten am Mord, Fürst Iusupow, bekannt geworden, im Hinblick auf den Londoner Sensationsprozeß, in dem soeben das Urteil gefällt wurde, dürfte es aber nicht unangebracht sein, die Darstellung wiederzugeben, die der Fürst jetzt als Zeuge vor den Schranken eines Londoner Bezirksgerichts entworen hat. Wie man weiß, war seine Frau Klägerin gegen die englische Gesellschaft Metro-Goldwyn-Mayer Pictures mit der Begründung, in dem Film „Rasputin, der verükte Mönch“ sei sie unter dem Namen einer Fürstin Natascha dargestellt. Diese Natascha figuriert dort als Geliebte des „Wundermönchs“, bevor sie die Frau des Fürsten Chogodiew wird; in der Folge bekannt sie voll Reue, daß sie ihres Gemahls, den sie liebt, nicht würdig sei. Die Filmgesellschaft bestreit, daß Natascha und Chogodiew identisch seien mit der Fürstin und dem Fürsten Iusupow, sie seien bloß Romanfiguren. Das Gericht entschied zugunsten der Fürstin und billigte ihr eine Entschädigung in Höhe von 25 000 Pfund zu. Doch hier interessiert uns nur die Zeugenaussage des Fürsten.

„Am Abend des 16. Dezember 1916“, so erzählte der Fürst, „versammelten sich die vier Verschworenen, außer Iusupow noch Großfürst Vladimir, der Führer des rechtsradikalen „Bundes ehrfürchtiger Leute“ Purischkevitsch und Slobotkin, in dem dem Fürsten gehörenden Miokla-Palast in Petersburg, und im Verein mit einem befreundeten Arzt, der ebenfalls in das Komplott eingeweiht worden war und Blausäure in Kristallform mitgebracht hatte, taten sie sowiel Gift in das Gebäck und in den Wein, die sie Rasputin anbieten wollten, daß — nach dem Urteil des Arztes — fünf Menschen davon getötet werden müssen. Hierauf ging Iusupow, so wie es abgemacht war, den Mönch holen und brachte ihn in den Palast.“

„Wir stiegen“, erzählte er, „in mein Auto und waren bald zur Stelle. Als wir durch einen Gang schritten, hörte Rasputin reden und fragte mich, wer noch im Hause sei. Ich antwortete, meine Frau sei in Gesellschaft von ein paar Freunden; wenn diese dann weggegangen seien, würde ich ihn mit der Fürstin bekannt machen, so wie er den Wunsch geäußert habe. Natürlich gehörte dieser Bescheid zur Abschaltung; denn meine Frau befand sich damals in der Krim. So begaben wir uns direkt in eine Art Eßsaal im Souterrain, wohin ich Wein, Buben und

Torten, alles mit Gift präpariert, hatte bringen lassen. Wir sangen von dem und jenem zu reden an, während ich ihn dazu bringen versuchte, daß er das vergiftete Gebäck und den vergifteten Wein zu sich nehme. Er verlangte jedoch Tee; ich ließ ihm solchen kommen und schob eine Schale mit Gebäck vor ihn hin, es war jedoch nicht das vergiftete. Erst nachher nahm ich die Platte mit den vergifteten Törtchen und setzte sie ihm vor; doch er wollte sie nicht nehmen mit der Erklärung, sie seien ihm zu süß. Bald begann er aber doch, an ihnen herumzuknabbern, während ich ihm Wein einschenkte.“

Rasputin redete weiter, und ich bemerkte nichts davon, daß sein Körper bereits genug Gift aufgenommen hatte, um ein paar Menschen zu töten; ich beschränkte mich darauf, hin und wieder ein paar Worte dazwischen zu werfen. Die Spannung meiner Nerven stieg unausgesetzt, und ich fürchtete jeden Augenblick, es nicht mehr aushalten zu können. Indessen war der Mönch aufgestanden und ging im Zimmer auf und ab, während er immer wieder vergifteten Wein trank. Er bat mich, ich solle ihm ein Volkslied vor singen. Ich ergriff die Gitarre und fing an zu singen. Zwei Stunden dauerte diese Tortur; doch hatte während dieser Wartezeit meine Stimme ihren natürlichen Klang wiedergefunden. Von Zeit zu Zeit drangen die Stimmen von oben zu uns herab, und als Rasputin mich wieder fragte, wer es sei, benutzte ich die Gelegenheit, um zu meinen Freunden zu laufen, die meines langen Fortbleibens wegen nicht wußten, woran sie waren. Ich erzählte, daß das Gift nicht gewirkt habe, und sie boten mir ihre Revolver an. Ich nahm den des Großfürsten Vladimir und ging wieder hinunter. Rasputin saß am Tisch, da wo ich ihn mit dem Kopf auf die Arme gestützt verlassen hatte. Sein Atem schien schwer zu gehen; er sagte, er habe Kopfschmerzen und fühle ein Brennen im Magen, und bat mich um mehr Wein. Ich näherte mich ihm langsam, ich war ganz ruhig, und schenkte ihm noch mal ein Glas vergifteten Wein ein, das er in einem Zug austrank. Dann stand er auf und machte ein paar Schritte. Er nahm ein silbernes Kreuzifix in die Hand, das an der Wand hing und betrachtete es aufmerksam.

In diesem Augenblick hob ich den Revolver und schoß. Er brüllte wie ein verwundetes Raubtier und fiel auf ein Bärenfell zu Boden. Meine Freunde, die den Schuß gehört hatten, kamen herunter, und Großfürst Vladimir und ich hoben Rasputins Körper auf. Wir dachten alle, er sei tot. Wir gingen weg, um zu einem Entschluß zu kommen, was wir machen wollten. Ich weiß nicht, welch geheime Gewalt mich dazu trieb, in das Zimmer zurückzukehren, wo sich das Drama abgespielt hatte, an den Körper des Mönchs zu treten und ihn stark an einem Arme zu schütteln. Mit Entsetzen gewahrte ich, daß

Juristische Rundschau.

„Eine formale Ungezüglichkeit“.

Anachtsübungen mit Religionslehre bedürfen nicht der behördlichen Genehmigung.
(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

In mehreren Ortschaften der Wojewodschaft Posen sind im März 1922 sowohl von der Polizei, wie von den Schulbehörden Beanstandungen der Erteilung deutschen Unterrichts in Religion, Kirchengesang, zuweilen auch im Schreiben und Lesen in gothischer Schrift, vorgekommen. Diese Fälle führten sogar zu einem Verbot dieses Unterrichts, das solange gelten sollte, bis die betreffenden Lehrpersonen sich darüber ausweisen könnten, daß sie von der Schulbehörde eine diesbezügliche Bewilligung erhalten hätten. Obwohl in den beantworteten Fällen immer nachgewiesen wurde, daß der Unterricht sich nur in der Unterweisung der Schulkinder auf die Religionsübungen, im Gefang von Kirchenliedern in Anglederung an die Religionsübungen, in Konfirmationslehrungen und dergleichen bewegte, wurde das Verbot auch höheren Orts (vom Kuratorium) aufrecht erhalten.

Klagen an das Oberste Verwaltungsgericht gegen die Verfügung der Behörden hatten nun den Erfolg, daß diese Verfügung als ungültig bezeichnet wurde.

Bezeichnender Weise stützt sich die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts auf die alte überlieferte deutsche Judikatur, die eine Auslegung der für die polnischen Behörden gleichfalls als Stützpunkt ihrer Verfügungen dienenden deutschen Verordnungen gibt, die noch aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammen. Diese Verordnungen, und zwar die Kabinettsorder vom 10. Juni 1884, sowie die Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1889, verlangen für die Erteilung von Privatunterricht eine Bewilligung der entsprechenden Behörden. Diese Verordnungen hatten einen allgemeinen Zweck und waren nicht einzigt etwa gegen die polnische Bevölkerung in den polnischen Siedlungsgebieten gerichtet. Der Zweck war die Verhinderung der Erteilung von Unterricht durch unbefugte Personen, durch Personen, die weder an Bildung, noch an moralischer Eigenschaft zur Erteilung von Privatunterricht herangewachsen waren. Eine Entscheidung des deutschen Obertribunals vom 21. November 1891 besagt jedoch, daß die Erteilung von Religionsunterricht, soweit er in Verbindung mit der Ausübung gemeinsamer Radionen, mit Religionspraktiken, wie Vorbereitung der Beichte, Konfirmationsunterricht bleibe, in den Bereich der inneren Ordnung der betreffenden Kirche gehöre, daß zur Erteilung dieses Unterrichts keine behördliche Bewilligung von Seiten des Staates erforderlich sein könnte, daß die vorgenannten Verordnungen sich deshalb auf diesen Unterricht nicht beziehen können.

Obwohl diese Entscheidung des deutschen Obertribunals den polnischen Behörden, die das Verbot erlassen hatten, bekannt war und obwohl sie die Richtigkeit dieser Entscheidung auch zugaben, dennoch aber auf dem Standpunkte des Verbotes beharrten, war das Verbot — wie das Oberste Verwaltungsgericht erklärt — eine formale Ungezüglichkeit, die eine Aufhebung des Verbots zur Folge haben müsse.

Briefkasten der Redaktion.

Franz B. in P. Es gibt zeitlich beschränkte und ewige Renten, welche letzteren, wenn sie nicht abgelöst werden, fortlaufend gezahlt werden müssen. Zu diesen letzteren Raten gehört offenbar Ihre Rente. Es kann sein, daß die Rente durch Zahlung einer Abfindungsumme abgelöst werden kann. Wenn Sie das wollen, müssen Sie sich mit dem Bezugsberechtigten, d. h. in diesem Falle mit der staatlichen Forstverwaltung, ins Benehmen setzen. Die Abfindungsumme sind nicht in jedem Falle dieselben, sie bewegen sich etwa zwischen dem 16fachen und dem 25fachen Jahresbetrag der Rente. Vielleicht erkundigen Sie sich bei der Forstverwaltung, ob und unter welchen Bedingungen eine Ablösung erfolgen könnte.

Adolf D. Grondz. Wir sind der Ansicht, daß Sie aufsatzartig müssen. Die Löschung der Hypothek konnte nur ohne Vorbehalt erfolgen, da eine Löschung mit Vorbehalt unzulässig ist. Aber aus den Verhandlungen über die Rückzahlung und Löschung geht zweifellos hervor, daß die Gläubiger vor und bei Annahme der Zahlung unzweckmäßige Vorbehalte gemacht hat, von denen Sie aber nichts wissen wollten, und daß die Gläubigerin damit zu erkennen gegeben hat, daß sie den gezahlten Betrag in entwertetem Gelde nicht für ausreichend gehalten hat und auf eine spätere Nachzahlung rechnete. Dieser Tatbestand ist völlig ausreichend, um den Anspruch der Gläubigerin auf Aufwertung zu rechtfertigen.

Adam und Eva. Einen Aufschluß der Zahlung über den 1. Oktober 1934 können Sie nur erlangen durch Vereinbarung mit dem Gläubiger, d. h. mit dem, der das Geld zu bekommen hat. Bis zum 1. Oktober 1934 besteht ein gesetzliches Moratorium, d. h. ein Zahlungsaufschluß, darüber hinaus aber nicht.

Rasputin zuerst ein Auge und dann das andere öffnete und mich stark anfaßt. Ich fühlte das Blut in meinen Adern gerinnen und wollte schreien; aber kein Laut kam mir über die Lippen, und ich hätte auch nicht einen einzigen Schritt machen können. Dann geschah etwas Unglaubliches. Mit einer krüsken Bewegung stand Rasputin wieder auf den Beinen, während seine Hände in der Luft in der Richtung nach mir herumwackelten. Er rüttete mich an der Achse zu packen; aus dem Mund drang ihm weißlicher Schaum, und aus der Wunde floß Blut. Er murmelte meinen Namen in einem Tone unauslöslichen Hasses. Ich mußte verwirkt kämpfen, um mich seiner Umklammerung zu entziehen, denn dieser Mensch hatte, obwohl vergiftet und zu Tode verlebt, noch diabolische Kräfte und Lebenswillen.

Schließlich vermochte ich mich loszumachen; ich eilte hinauf und fand dort Purischkevitsch, dem ich auffiel: „Schnell einen Revolver her! Er lebt noch!“ Ich hatte das kaum gesagt, als ich ein schweres Leuchten hinter mir vernahm und merkte, daß der Unheilsmönch nicht mehr weit von mir war. Indessen oben auf der Treppe angekommen, wandte er sich dem Ausgang für die Dienerschaft zu, um zu flüchten. Von einer tollen Angst erfaßt, hatte ich mich im Studierzimmer eingeschlossen. Als ich jedoch merkte, daß er entrinnen könnte, bewaffnete ich mich mit einem eisenbeschlagenen Stock, den ich mitgebracht hatte, und eilte hinaus, um ihn einzuholen. Auch Purischkevitsch hatte sich bereits zur Verfolgung aufgemacht. Rasputin hatte zu laufen begonnen, er stranchelte jedoch, und bevor er zum Gitter gelangt war, hatte ich ihn eingeholt. Ich sah ihn ein paar Augenblicke an, dann schob ich gegen ihn vier Revolverschläge ab, von denen ihn zwei trafen.

Fürst Iusupow erzählte weiter, wie ihm darauf von der gewaltigen Aufregung übel wurde, und wie einer seiner Freunde ihm beisteuen mußte. Als er sich jedoch wieder wohler fühlte, fuhr er in den Hof zurück, wo ihm schien, als er Rasputin betrachtete, dieser könne noch immer leben. Von unbändiger Wut erfaßt, schlug er dann noch mehrmals mit dem schweren Stock auf das Gesicht des Mönchs ein. Die Revolverschläge hatten die Polizei auf die Beine gebracht, der man sagte, es habe jemand einen tollen Hund erschossen. Um die Leiche Rasputins wegzuholen, benutzte man das Automobil des Großfürsten Vladimir, das, weil es das Zarenwappen trug, nicht der Gefahr ausgesetzt war, von der Polizei beschlagnahmt zu werden. Während Fürst Iusupow zu Hause blieb, begaben sich die übrigen Verschworenen auf die Petrovskybrücke, die drei Kilometer vom Palast entfernt liegt, und waren die Leiche in die Newa.

Versailles hat sich überlebt.

Eine sensationelle Rede des belgischen Ministerpräsidenten.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, gab am Dienstag im belgischen Senat der belgische Ministerpräsident de Brocqueville eine Erklärung der Regierung zur Abrüstungsfrage ab. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß man eine militärische Erstarkung Deutschlands durch eine Aktion des Völkerbundes oder durch einen Präventivkrieg verhindern könne bezw. solle. Eine Völkerbündinvestigation auf Grund des Artikels 213 des Versailler Vertrages komme nicht in Frage, da mindestens zwei der ständigen Ratsmächte, England und Italien, sich weigern würden, eine solche Untersuchung anzuerufen. Das zweite Mittel, den Präventivkrieg, ins Auge zu fassen, sei Wahnsinn und Verbrechen. Das einzige Mittel, die Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern, sei gewiß der sofortige Krieg. „Ich weigere mich aber“, erklärte der Ministerpräsident, „das Land in ein solches Abenteuer zu stürzen.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich der Ministerpräsident mit bemerkenswerter Offenheit gegen die Illusion der Sieger von 1919.

Die Worte, die er sprach, seien hart, aber sie müßten gesprochen werden, weil sie der Ausdruck der Wahrheit seien. De Brocqueville fuhr fort:

„Ich empfeile die Bitterkeit der Situation. Sie ist die Folge einer großen Illusion der Menschen, die im Versailler Vertrag die geschichtliche Lehre und Wahrheit übersehen und geglaubt haben, daß es möglich sei, eine große Nation dauernd im Zustand der Abrüstung zu halten. Wie konnte man sich einbilden, daß 27 Nationen, die im Augenblick „alliiert und assoziiert“ waren, sich auch in Zukunft darin einig seien, Deutschland, dessen Einheit der Versailler Vertrag das Siegel gab, das aufzuerlegen, was Napoleon, der Alleinherrscher von fast ganz Europa, Preußen gegenüber nicht vermocht hat? Wo hat man jemals gesehen, daß solche Klau-seln (des Versailler Vertrages) die Umstände überlebten, aus denen sie geboren wurden?“

Das heutige Deutschland ist nicht mehr das Deutschland vom 11. November 1918. Und was ist hingegen aus dem gemeinsamen Willen der 27 Alliierten geworden, die den Vertrag von 1919 zu verteidigen haben? Es ist das unabänderliche Gesetz der Geschichte, daß ein Be-siegter sich früher oder später wieder erhebt.“

Die großen Mächte haben dies seit langem begriffen. In Genf und in Beratungen unter sich sind Frankreich, England und Italien Ende 1932 dazu gekommen, Deutschland das Recht gleicher Behandlung zuzuerkennen. Wir wenden uns also von unnützem Bedauern und vergeblichen Hoffnungen ab und sehen das Problem so an, wie es sich uns heute im März 1934 darstellt.

Man muß den Mut haben, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Träume führen zu nichts, manchmal aber in die Katastrophe.

Es handelt sich nicht darum, ob und in welchem Ausmaß man die Aufrüstung Deutschlands dulden wird, sondern in erster Linie darum, einen Rüstungswettlauf zu vermeiden, der zum Kriege führt. Darin liegt die Gefahr, die alle Völker Europas, Deutschland nicht ausgeschlossen, bedroht.“

Der belgische Ministerpräsident setzte sich sodann für den Abschluß einer internationalen Konvention, durch die die Rüstungen begrenzt werden sollen, ein. Das sei das einzige Mittel, um einen Rüstungswettlauf und damit den Krieg zu vermeiden. Alle Länder müßten, was ein Rüstungswettlauf bedeutet, Deutschland

können ebenso wenig wie die anderen die unglaublichen Lasten auf sich nehmen, die ein Rüstungswettlauf in der gegenwärtigen Krise mit sich bringen würde.

Zum Schluß erinnerte der Ministerpräsident an das Ergebnis des Weltkrieges und die geographische Lage Belgien, die es erfordere, daß kein Element der Sicherheit vernachlässigt werden dürfe. Belgien wolle den Frieden der Sicherheit. Die Regierung habe den Mut, um der Sicherung des Friedens willen von der Bevölkerung Opfer zu verlangen, die ihre Kraft beinahe schon übersteigen. Es werde in Europa keinen Frieden geben, solange die Sicherheit Belgiens bedroht sei. Die Regierung werde sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß eine Konvention zu-stande komme, die Belgien ein Minimum von Opfern und ein Maximum von Sicherheit bringe. In dieser Beziehung könne Belgien auf die Mitwirkung Frankreichs, Englands und Italiens zählen.

Frankreich wird isoliert.

London, 7. März. (Eigene Meldung.) Die Senatsrede des belgischen Ministerpräsidenten Graf de Brocqueville wird nur von einigen Blättern wieder-gegeben. „Morningpost“ nennt sie eine große Überraschung. „Daily Herald“ sagt, Frankreich stehe völlig verlassen da. Die Belgische Regierung, die in ihrer Außenpolitik bisher immer gehorsam der französischen Führung gefolgt sei, habe in Verzweiflung beschlossen, in der Abrüstungsfrage ihre eigenen Wege zu gehen.

Paris, 7. März. (Eigene Meldung.) Nach einer Havas-Meldung aus Brüssel wird der französische Außenminister Barthou Anfang nächster Woche eine Be-sprechung mit dem belgischen Außenminister in Brüssel haben.

Die Frau mit dem weißen Hund.

Auf den Spuren der Mordsache Prince.

Paris, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Aufsehen erregende Mitteilung zum Fall Prince. Ein Mitarbeiter des Blattes will bei dem Wagenbesitzer der Garage, in welcher der Wagen des inzwischen verhafteten Privatsekretärs Staviskis Romangino untergestellt ist, erfahren haben, daß der Wagen in der Nacht zum 21. Februar, also in der Nacht des Todes des Gerichtsrates Prince, nicht in der Garage war. Der Wagenbesitzer soll sich erinnern, daß Frau Romangino, wenn sie den Wagen benutzte, stets von einem großen weiß-schwarzen Hund begleitet gewesen war. Nach Zeitungsberichten habe man nun unweit des Ortes, wo die Leiche gefunden wurde, eine Frau mit einem weißen Hund einem Wagen entsteigen sehen, der kurz darauf in Richtung Paris zurückgefahren sei.

An anderer Stelle bringt das „Echo de Paris“ eine lange Kombination seines nach Dijon entstandenen Sonderberichterstalters, der in Ermangelung von Berichten über Tatsachen seine Fähigkeiten als Detektiv spielen läßt und behauptet, daß Prince in Dijon gar nicht mehr am Leben gewesen sei, daß das in Dijon angeblich von ihm aufgegebene Telegramm an seine Frau ebenso gefälscht gewesen sei wie der polizeiliche Meldezettel im Hotel, daß Prince vielmehr im Zuge während einer vier Minuten dauernden Durchfahrt durch einen Tunnel getötet und seine Leiche aus dem Zuge geworfen worden sei, worauf die Mörder die Leiche auf den Schienen festgebunden hätten. Wie Havas

unbewußt war die alte Weisheit in einem aufgetaut, daß „wie in der Fabel, der Wolf erscheint, von dem man spricht“. So schön man einen Wiesel in seiner Unwürdigkeit finden kann, so häßlich muß man einen Wolf nennen. Dazu gilt er als feige, gefräfig und dumme — alles Eigenschaften, die ihn uns nicht sympathischer machen können.

Bei großer Kälte und in Zeiten, in denen sie wenig Nahrung finden, und besonders dann, wenn die Wölfe in großen Rudeln auftreten, werden sie auch dem Menschen gefährlich. Sonst gehen sie ihm aus dem Wege, wenn sie auch seine Wohnstätten nicht meiden. Unser Begleiter erzählt z. B., daß er an einem Wintertage sein Haus verlassen habe und wenige Schritte entfernt ein graues Tier stehen sah. Er schenkte ihm keinerlei Beachtung, da er es in der Nähe der Häuser für einen Hund hielt. Kaum daß er etliche Schritte weitergegangen war, hörte er hinter sich ein furchtbare Quieken und Schreien. Er drehte sich um und sah, daß der vermeintliche Hund ein Läusefisch, das aus dem Stalle gelaufen war, ergriffen hatte und in den Wald schleppete. Unser Begleiter war ganz dicht an einem Wolf vorbeigegangen.

Unser Autricher wußte ein interessantes Erlebnis mit Wölfen zu berichten. Er war einmal damit beschäftigt, Langholz aus dem Walde zu fahren und hatte eine Axt auf den Stämmen liegen. Plötzlich sah er, wie nicht weit vom Wege zwei Wölfe ein Reh anfielen, es niederrissen, um es fortzuschleppen. Der Fuhrmann ergriff seine Axt und lief mit lautem Gebrüll auf die Wölfe zu, die in den Wald flohen. Der Mann nahm das Reh auf seinen Wagen und brachte es stolz nach Hause.

Im Walde leben die Wölfe am liebsten dort, wo feuchter Boden dichtes Unterholz und Dickicht schafft. Im Białowieża Walde finden sich nicht außergewöhnlich viel Wölfe, da das enge Netz der Förstereien, die strenge Jagdarbeit und die vielen Wildschwein- und Wolfsjäger ihnen das Leben recht schwer machen. Da man das Edelwild in den dortigen Waldungen schonen will, um seinem Bestand zu erhöhen, muß energisch gegen die Wölfe vorgegangen werden.

Wenn man irgendwo im Walde einen Wolf entdeckt hat, geht man daran, ihn „einzuschüren“, d. h., die Stelle, an der man den Wolf vermutet, wird in weitem Umfang von einer Schnur umspannt, an der bunte Lappen hängen. Und der Wolf wird an dieser Schnur entlang laufen, um den Ausgang aus dieser „Umfriedung“ zu suchen. Er wird keinen Sprung darüber hinwegtun und wird sich nicht darunter hindurchschleichen. Aber wenn er nur eine 10 bis 20 Zentimeter breite freie Stelle entdeckt, dann schlüpft er dort hindurch und sucht das Weite. Man läßt aber keine solche Stelle frei — es sei denn, daß der Schütze dort Aufstellung nimmt, während die Treiber ihm den „eingeschürrten“ Wolf entgegenjagen.

Ganz anders der Luchs, jenes fächerartige Tier, das sich viel in dem Waldegebiet beiderseits der Narewa findet.

berichtet, hat der Staatsanwalt in Dijon, der am Sonntag bei Justizminister Cheron war, Pressevertretern von Dijon gefragt, daß die Regierung den Fall Prince restlos aufzuklären entschlossen sei. Zur Deckung der dazu notwendigen hohen Kosten seien reichliche Kredite vorgesehen. Die Ermittlungen gingen von zwei Annahmen aus: die eine kommt zu dem Schluß, daß es sich um ein politisches Verbrechen handle, nach der anderen handelt es sich um einen Racheakt. Letzteres könnte z. B. der Fall sein, wenn ein Angeklagter, dessen Bestrafung Prince während seiner Berufsausübung gefordert habe, die Tat begangen hätte.

Wurde Prince vergiftet?

Paris, 6. März. (Eigene Meldung.) In Sachen der Ermordung des Richters Prince ist ein neues wichtiges Moment eingetreten. Der Professor der Pathologischen Anatomie in Dijon, Dr. Kuhn, der an Leichenteilen des Ermordeten eine Analyse vornahm, hat entdeckt, daß die Leiche Kokain, Chloroform oder Alkohol enthielt. Das Gift, das den Tod herbeiführte, konnte nicht genau festgestellt werden. Dr. Kuhn kann es auch nicht mit Bestimmtheit behaupten, ob das Gift tödlich war oder nicht. Im Gegensatz zu diesem Befund steht die Feststellung von Dr. Cohen-Abrest, der in der Leiche des Ermordeten keine Spuren von Gift entdeckt hatte. Infolge der widersprechenden Gutachten haben die Behörden die Ausgrabung der Leiche und ihre erneute Untersuchung angeordnet.

Staviski und die Barmats.

„Journal“ und „Petit Journal“ beschäftigen sich mit den Verzweigungen, die vom Fall Staviski zu den Barmat-Schwinden hinüberzuführen scheinen. „Journal“ bringt die vor drei Tagen erfolgte Ausweisung der Brüder Barmat aus Holland mit der Entwicklung der Untersuchung des Staviski-Falles in Zusammenhang. Die Ausgewiesenen wollen sich angeblich nach Belgien oder der Tschechoslowakei begeben. Das Blatt erinnert daran, daß der jüngste der drei Brüder Barmat, Heinrich, zweimal vergeblich versucht habe, zusammen mit Staviski ein Geschäft zu gründen. Einmal soll es sich um eine Pariser Barmat-Bank gehandelt haben, die Schuldschreibungen in der Staviski-Gründung unterbringen sollte. Dieser Plan sei jedoch nicht verwirklicht worden. Dann sollen sich die Brüder Barmat für Elektrifizierungsarbeiten in Französisch-Marokko interessiert haben, aber nicht die nötigen Konzessionen erhalten haben. Deshalb sei auch dieser Plan nicht ausgeführt worden.

Bor neuen Enthüllungen im Falle Prince.

Paris, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem „Matin“ sollen die Erforschungen n. der Person, die das Ferngespräch, das den Gerichtsrat Prince zu seiner angeblich schwerkranken Mutter rief, geführt hat, vor einem erfolgreichen Abschluß stehen. Man erwartet in allernächster Zeit eine Aufsehen erregende Enthüllung.

Man fürchtete Fliegerbomben über Paris.

Während der Unruhen Anfang Februar war plötzlich das Überfliegen von Paris verboten worden. Der Grund für diese Maßnahme, die damals so großes Aufsehen erregte, ist jetzt im parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die Unruhen durch den früheren Direktor der Sicherheitspolizei bekanntgegeben worden.

Er teilte mit, daß die Polizei damals eine anonyme Warnung erhalten habe, die besagte, daß Flieger das Kammergebäude überfliegen und Bomben abwerfen wollten. Darauf habe die Polizei das Luftfahrtministerium gebeten, sofort ein allgemeines Startverbot für Flugzeuge zu erlassen, die nicht die Verkehrslinien beflogen.

Der schlaue Luchs läßt sich nicht „einschnüren“ und schlägt dem Menschen manches Schnippen.

Der Luchs der Białowieża Wälder wird etwa 80 Zentimeter lang, hat einen rundlichen Kopf mit spitzen Ohren und ein silbrig-graues Fell, das außergewöhnlich wertvoll ist. In Schulterhöhe erreichen die Tiere etwa 40 Zentimeter. Sie leben hauptsächlich auf Bäumen, in Sumpfwäldern und lauern dort auf ihre Opfer. Kommt irgend ein kleineres Tier an ihrem Standort vorbei, so springen sie von oben auf dasselbe herab, beißen ihm die Halschlagader durch, trinken das Blut und lassen dann den Kadaver oft völlig unberührt liegen. Die Luchse sind den Menschen nicht gefährlich, sie gehören aber zu den verderblichsten Raubtieren des europäischen Tieflandes, da sie allein aus reiner Mordlust und nicht aus Hunger ungeheure Schaden im Waldbestand anrichten können. In Mittel- und West-Europa ist der Luchs fast ganz ausgestorben, in Polen, und hier eben in den Wäldern von Białowieża, in Russland, in den Alpen und in Nordamerika sind Luchse noch vielfach verbreitet. Eine Abart des Luchses, der Karakal, findet sich in Afrika, Asien und Arabien und auf ihr beziehen sich die vielen Fabeln, die man bei den alten Schriftstellern findet. Sein scharfer Blick und das treffliche Sehvermögen haben das Luchsauge sprichwörtlich gemacht.

Bei den Treibjägern, die der Staatspräsident in dem Waldegebiet von Białowieża alljährlich für das diplomatische Corps und die Minister veranstaltet, werden oft Luchse erlegt. Dabei hat man sich manchmal von der Gewalt der Tiere überzeugen können. Wenn die Treiberkette im Anmarsch ist, hat sich schon mancher Luchs in einem hohlen Baume versteckt, hat die Treiber vorbeimarschieren lassen und sich dann in entgegengesetzter Richtung in Sicherheit gebracht. Die Tiere wissen im Gegensatz zum Wolf ganz genau, von welcher Seite ihnen Gefahr droht. Sie springen oft zwischen den Treibern hindurch, werden es aber vermeiden, auf die Jäger zuzulaufen.

So sympathisch der Luchs durch all diese Erzählungen wird, so wenig Freude erlebt man an dem, was man von den Wölfen hört. Wie der Prophet nichts im eigenen Lande, so gilt der Wolf nichts im Białowieża Walde. Die Furcht vor ihm steigt mit dem Sinten des Thermometers und wächst mit dem Quadrat der Entfernung von seinen Wohnstätten. Während ich diese Zeilen schreibe, sitze ich in dem sauberem Beamtenkabinett und mein Pelz aus prima Pauliner Schafsfellen, der einstmals im Kriege ein Fliegerpelz war, hängt im Vorraum. Da kann ich es ja wagen, diese Betrachtung über die Wölfe mit dem Matthäi-Wort zu beschließen, wonach Vorsicht vor den falschen Propheten zu empfehlen ist, die in Schafskleidern erscheinen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe.

Diese zweibeinigen Bestien scheinen mir gefährlicher als die vierbeinigen von Białowieża.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Reichsbank zahlt 12 Prozent Dividende.

Die Reichsbank legt mit ihrem Jahresbericht für 1933 nicht nur die Bilanz einer Bankanstalt und einen 12prozentigen Dividendenabschluß, sondern gleichzeitig einen Rechenheitsbericht über ein Jahr wirtschaftlicher Wiederaufarbeit vor. Was sie zur Kriegerübersetzung getan hat, wird an anderer Stelle gewürdigt. Hier interessieren in erster Linie die Reflexe der für die Allgemeinheit geleisteten Dienste auf Bilanzzahlen und Ertragsrechnung. Mit ihrer bisherigen Dividendenstabilität hat das Reichsbankpräsidium den immer wieder betonten Standpunkt, daß der Reichsbankanteil kein Spekulationspapier sei, sondern ausgesprochenen Rentencharakter trage, durch die Tat untermauert. In dieser Politik wird die Reichsbank auch in Zukunft festhalten. Dies kann aber nicht bedeuten, daß die Dividende von 12 Prozent unter allen Umständen auch dann vereinbart werden muß, wenn es gelingt, den Landeszinsfuß in Deutschland für die Dauer erheblich zu senken. Dem großen Ziel, auf organischen Wege zu einer Herabdrückung des unverhältnismäßig hohen Zinsniveaus zu gelangen, daß die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten erheblich beeinträchtigt, dürfen die Gewinnansprüche der Anteilseigner nicht im Wege stehen, so lange ihnen, gemessen an dem Ertrag sonstiger erstklassiger deutscher Anleihen, eine ansehnliche Verzinsung gewährt wird.

Keine Abwertung des Schweizer Franken.

Beru, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.) Im Rahmen eines Vertrages über die Möglichkeiten und die Grenzen der Schweizer Wirtschaftspolitik lehnte Bundesrat Schultheis, der Leiter des "Gedächtnissischen Wirtschafts-Departments", eine Abwertung des Schweizer Franken ab, weil sie verhängnisvoll für die gesamte Schweizer Wirtschaftspolitik werden würde. Er befürwortete eine systematische Anpassung der schweizerischen Wirtschaftspolitik an die Geldwirtschaft, weil für den Innenmarkt ein gewisser Abbau der Höhe und Preise beginne.

Schultheis appelliert an die Zusammenarbeit des ganzen Volkes zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die unter der bisherigen Staatsform erfolgen soll.

*
Die Frage der Abwertung des Schweizer Franken hat eigentlich in der schweizerischen Öffentlichkeit noch nicht so recht im Vordergrunde der erörterungen gestanden, da sich die für die Schweizer Finanz- und Geldpolitik verantwortlichen Stellen damit nicht befassten und es auch ablehnten, die Abwertung des Schweizer Franken überhaupt in den Bereich einer Erörterung zu ziehen. Wenn jetzt Bundesrat Schultheis sich öffentlich mit dieser Frage beschäftigt, dann nur, um die schweizerische Öffentlichkeit endgültig zu beruhigen.

Das Schweizer Wirtschaftsgebiet trägt besondere Merkmale. Es ist ein durch die geographische und politische Lage bedingtes Gebiet, dessen Haupteinnahmestrukturen vom Fremdenverkehr abhängen. Die Schweizer Industrie ist hauptsächlich auf den Fremdenverkehr eingestellt. In den ersten Nachkriegsjahren hat die Schweiz einen unerhörten wirtschaftlichen Aufstieg verzeichnet können. Zu diesem Aufstieg haben eine Reihe von Faktoren beigetragen. Zunächst einmal konzentrierte sich das gesamte europäische und darüber hinaus das Weltinteresse auf die Schweiz als den "Hort des Friedens". Der Aufstieg Genua hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß der Fremdenverkehr der Schweiz, hauptsächlich von Amerika her, vorher nie gefahrene Ausmaße annahm. Die Schweiz war gezwungen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Es wurden große Investitionen im Bereich der Fremdenindustrie vorgenommen. Dies war für die Schweiz insoweit möglich, als bei dem unruhigen Geld- und Kapitalmarkt der vorangegangenen Jahre die Schweizer Banken nahezu zum Generaldepot der europäischen Kapitalien geworden waren. Der Kapitalanstrich nach der Schweiz war so stark, daß noch vor wenigen Jahren Schweizer Banken in vielen Fällen für Depositen keine Binsen mehr zahlten.

Die Weltwirtschaftskrise hat ein Nachlassen des Fremdenverkehrs zur Folge gehabt. Die großen Investitionen der schweizerischen Fremdenindustrie wurden unrentabel. Die Abwertung des Dollars und des Pfundes hat den Zustrom der Amerikaner und der Engländer nach der Schweiz erheblich abgenommen. Die Abwertung der tschechischen Krone und der Vorstoß tschechischer Waren nach der Schweiz haben den eigentlichen Anlaß zu den Gerüchten um eine Abwertung des Schweizer Franken gegeben, die jetzt von maßgebender Schweizer Seite vollkommen in Abrede gestellt wird.

Polen's Getreideexport über Danzig im Jahre 1933.

Der polnische Getreideexport über Danzig entwickelte sich im Jahre 1933 relativ günstig, was aus der erheblichen Steigerung der Umsätze deutlich hervorgeht. Dagegen war die Preisgestaltung ungünstig, da die Getreidepreise stark sinkende Tendenz aufwiesen. Der Gesamtumsatz hat sich fast verdoppelt, da die Befreiungen und die Rechtsvorschriften, welche von den polnischen Regierungsstellen früher angewandt worden sind, sich im Jahre 1933 im Getreidehandel nur noch in geringem Umfang auswirkten. Die Belebung des Ausfuhr begann nach der Ernte 1933.

In den letzten Jahren gestaltete sich der polnische Getreideexport über Danzig wie folgt (in To.):

	Getreide	Hülsenfrüchte	Mehl	Ölkuchen	Sämereien
1933	400 786	44 478	20 077	10 922	10 388
1932	286 487	15 990	16 185	11 016	10 049
1931	180 729	9 569	23 916	18 100	—

Der Export von Getreide und anderen Agrarprodukten betrug im ganzen 490 000 To. und zeigt gegenüber dem Jahre 1932 (840 000 To.) eine erhebliche Zunahme, die vor allem Dingen auf den Export von Roggen, Hülsenfrüchten und Mehl entfällt, während die Getreideaufnahme sich weniger günstig gestaltet hat. Geflossen ist die Ausfuhr von Saatgetreide infolge des geringen Bedarfs, ferner der Ölfrüchteexport. Hier hat die rumänische Konkurrenz, die über Gödingen verschiffte wurde, Danzig eine Einbuße gebracht. In Gödingen sind nur geringe Mengen Getreide umgeschlagen worden. Bemerkenswert ist, daß die Getreidezufuhren nach Danzig in großem Umfang auf der Weichsel erfolgten. Zeitweise waren die Lieferungen so stark, daß alle Danziger Speicher überfüllt waren — eine Erscheinung, die seit langem in Danzig nicht mehr beobachtet worden war.

Firmennachrichten.

v. Schatz (Swecie). Zwangsversteigerung des in Ostrów Świecki belegenen und im Grundbuch Ostrów Świecki, Blatt 141, auf den Namen des Walenty Turkowski eingebrachten Landgrundstücks von 1,53,29 Hektar (mit Gebäuden), am 23. April, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 5.

v. Schatz (Swecie). Zwangsversteigerung des in Gröditz, Kreis Schatz, belegenen und im Grundbuch Gröditz, Blatt 92 und 93, auf den Namen des Benno Gieryczka eingebrachten Landgrundstücks mit einem Flächeninhalt von a) 53,01,95 und b) 60,71,00 Hektar (Ackerland, Wiese, Weide, Wald und Hofraum mit Gebäuden), am 23. April 1934, 11,00 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 5.

v. Soldau (Dzialdowo). Zwangsversteigerung der dem Landwirt Bolesław Jazrocki in Soldau gehörenden Idealhälften des in Soldau belegenen und im Grundbuch Soldau, Blatt 995 und 1026, auf den Namen der Cheleute Bolesław und Waclawa Jazrocki in Soldau eingetragenen Grundstücks am 27. April 1934, 12 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 25.

v. Konitz (Chojnice). Zahlungsaufschub beantragte Kaufmann Juliusz Schreiber in Konitz. Beratungstermin am 27. März 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 11.

v. Konitz (Chojnice). In Sachen des Zahlungsaufschubs des Gutsbesitzers Adam Wolsztyner in Goldan, Kreis Konitz, Termin am 28. März 1934, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14.

v. Neustadt (Wejherowo). Zwangsversteigerung des in Łebno belegenen und im Grundbuch Łebno, Blatt 112, auf den Namen der Franciszka Jawidowska eingetragenen Grundstücks von 15,28,58 Hektar, am 5. Mai 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 8.

v. Gödingen (Gdynia). Zwangsversteigerung des in Gödingen belegenen und im Grundbuch Gödingen, Blatt 498, auf den Namen des Kaufmanns Jan Ficht in Gödingen eingetragenen Grundstücks (Wohnhaus, 2 Stallgebäude usw.), am 30. April 1934, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 33.

Amerikas künftige Wirtschaftspolitik.

Der Außenhandel — das Kernproblem.

Roosevelt, der den inneren Bereich der amerikanischen Wirtschaftspolitik mit diktatorischer Vollmacht beherrschte und gestützt auf sie, die amerikanische Wirtschaft von staatlichen hineingesetzten hat, die ihrem ausgeprägten Individualismus durchaus fremd sind, läßt sich jetzt durch ein Ermächtigungsgesetz völlig frei handeln in der auswärtigen Handelspolitik geben. Die Vereinigten Staaten waren seit jeher ein schwieriger Partner für internationale Handelsvereinbarungen. Der Reichtum des Landes an Rohstoffen und Agrarerzeugnissen bei gleichzeitiger Höchstentwicklung einer sehr mannigfach gegliederten Industrie brachte für das Land die technischen Voraussetzungen für die Annäherung an die Verwirklichung eines autarkischen Wirtschaftsideals. Von den großen Kulturländern der Erde waren vor dem Kriege die Vereinigten Staaten dasjenige Land, das seinen Schutzzonenpanzer am stärksten und fast lückenlos ausgebaut hatte. Die Rüstung ist nach dem Kriege noch unbedenklicher gemacht worden. Auf Handelsverträge von der Art, wie sie in Europa üblich war, mit einer Bindung der autonomen Zollgesetzgebung haben die Vereinigten Staaten sich nie eingelassen. Sie wollten das Instrument der Zollgesetzgebung durchaus in den Hand behalten.

Natürlich hat auf der anderen Seite diese egoistische Wirtschaftspolitik dem amerikanischen Export Schwierigkeiten verursacht. Da die Vereinigten Staaten nicht geneigt waren, den ausländischen Einfuhrkonzeptionen zu machen, verhielt man sich auch spröde der ihrigen gegenüber. Um dem Exportdrang der bis zum Jahre 1929 riesenhafte angestiegenen amerikanischen Industrieproduktion ein Ventil öffnen zu können, mußte man deshalb zu anderen Mitteln greifen. Das durch den Kriegsausgang zum Gläubiger der halben Welt gewordene Amerika, in das sich von allen Seiten ein Goldstrom ergoß, ging mit seinen Krediten hauferdig. Es hat in den ersten zehn Jahren nach dem Kriege ungeheure Kapitalien an das Ausland ausgeliefert. Ein erheblicher Teil davon ist — und das war der Sinn dieser Wirtschaftspolitik — nicht in barem Gelde in die Kulturländer überbracht worden, sondern in Gestalt von amerikanischen Warenlieferungen. Die Kreditübertragung war nur eine andere Form des Exports, den die amerikanische Industrie dringend brauchte, und für den die Türen des Auslandes sich auf normalem Wege nicht öffneten.

Die Zeit der Überschwemmung der Welt mit amerikanischen Krediten ist vorbei. Im Augenblick hat die Regierung ernste Sorge, ob es ihr gelingen wird, die riesigen Kreditansprüche, die sie selbst an den amerikanischen Geldmarkt stellen muß — insgesamt gegen 10 Milliarden Dollar — erfüllt zu sehen. Außerdem hat die Kapitalbildung selbst in den Vereinigten Staaten unter der Auswirkung der Krise und der Währungsversuche Roosevelt sehr stark gelitten. Die Unsicherheit, die für amerikanische Augen die Zustände in der übrigen Welt beobachtet kommt hinzu. Ausländische Anleihen sind heute auf dem amerikanischen Markt kaum zu begeben.

Für die Güterwirtschaft bleiben da nur zwei Möglichkeiten:

Entweder Ausbau der Abschließung von der übrigen Welt zu einer absoluten Wirtschaftsautarkie oder aber die Öffnung des Landes für einen nach beiden Seiten hin freien Güterauslauf.

Die Wirtschaftsautarkie würde bei der Industrie, noch mehr aber bei der amerikanischen Landwirtschaft, eine beträchtliche Reduzierung der Produktion notwendig machen. Beide greifen mit ihrer Erzeugung weit über den heimischen Bedarf hinaus. Der derzeitige Landwirtschaftsminister Wallace berechnet beispielweise, daß eine Politik der vollständigen Wirtschaftsautarkie die Verkleinerung der landwirtschaftlichen Anbauflächen um 40 bis 100 Millionen Acres, Farmland auf die Dauer notwendig machen würde. Damit würden aber in den Südstaaten mehrere Millionen Menschen brotlos werden, und man müßte an ihre Ansiedlung in andere Gebiete der Vereinigten Staaten denken. Übrigens würde damit, was noch eine besondere Komplikation darstellt, das Negroproblem unter Umständen auch für die Staaten aufgeworfen werden, in denen es zurzeit keine wesentliche Rolle spielt. Die Unmöglichkeit,

sofort eine solche Politik der Abschließung und der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit zu betreiben, ist offensichtlich.

Bliebt die andere Alternative: Öffnung des Landes für einen freien internationalen Warenaustausch. Sie bedingt natürlich eine vollständige Umstellung der seitlichen auswärtigen Handelspolitik. Wenn man Waren gegen Waren austauschen will — und das ist der Sinn des "New Deal", das Landwirtschaftsminister Wallace proklamiert — dann muß man sich auf den Standpunkt stellen, für den Export der eigenen Überproduktion fremde Waren im gleichen Umfang hereinzulassen. Das würde nach den Berechnungen, die angestellt worden sind, bedeuten, daß die Vereinigten Staaten jährlich etwa für eine Milliarde Dollar mehr importieren müßten, als sie das 1929 getan haben. Um diese Importe zu ermöglichen, müßten die Zollmauern niedergelegt werden und die eigene Industrie würde dem fremden Wettbewerb unter Verhältnissen gegenüberstehen, die sie jedenfalls nicht gewöhnt ist. Das allein wird auch diese Lösung in reiner Form unmöglich machen.

So bleibt nur ein Kompromiß zwischen beiden: Eine liberale Handelspolitik, die mit dem System des absolut protektionistischen Hochzolls bricht, und für die damit den ausländischen Industrien gemachten Konzessionen in zweiteiligen Handelsverträgen Gegenleistungen für die amerikanische Wirtschaft heraussucht. Dabei wird für die schuhbedürftigen und erhaltungswürdigen Teile der Eigenindustrie auch in Zukunft ein gewisser Zollschutz bestehenbleiben. Andererseits wird es sich auch dabei nicht vermeiden lassen, eine gewisse Einschränkung der landwirtschaftlichen Anbauflächen vorzunehmen, die zurzeit eben nicht nur den einheimischen Bedarf, sondern auch die praktisch in der Welt gegebenen Exportmöglichkeiten um mindestens 25 Millionen Acres überschreiten. Auf jeden Fall aber wird die künftige Handelspolitik des "New Deal" ein Aufgeben des mercantilistischen Gedankens, nur exportieren zu können ohne auch vom Ausland Ware hereinzunehmen, bedeuten. — nn.

Polens Kompensationshandel.

In Warschau fanden die Generalversammlungen der "Kaffee-Import-Zentrale" und der "Gesellschaft für Kompensationshandel mit dem Auslande" statt. Aus den Tätigkeitsberichten, die für die Zeit vom 1. 7. 1933 bis 31. 12. 1933 erstattet wurden, ist zu entnehmen, daß die "Kaffee-Import-Zentrale" die Einfuhr von niederbrasilianischen Kaffees, die gesamte Einfuhr von Tee und die gesamte Einfuhr von Kakaoobohnen zu 100 Prozent durch die Ausfuhr polnischer Waren gedeckt hat, die Einfuhr brasilianischen Kaffees zu 70 Prozent. Mengenmäßig betrug die gesamte polnische Kaffee-einfuhr im zweiten Halbjahr 1933 — 40 245 Doppelzentner im Wert von 6,22 Mill. złoty, davon entfallen auf Brasilien 28 818 Doppelzentner im Wert von 3,88 Mill. złoty, und auf die übrigen Einfuhrländer 11 427 Doppelzentner im Wert von 2,69 Mill. złoty. Tee wurde in dieser Zeit 9300 Doppelzentner im Wert von 3,33 Mill. złoty, und Kakaoobohnen 37 684 Doppelzentner im Wert von 3,46 Mill. złoty eingeführt, wovon 1801 Doppelzentner im Wert von 152 000 złoty auf Brasilien entfallen. Der Reingewinn der Kaffee-Import-Zentrale betrug bei einem eingezahlten Kapital von 125 000 złoty 138 920 złoty, die Dividende 12 Prozent. Die "Gesellschaft für Kompensationshandel", die ein Kapital von 500 000 złoty hat, schloß ihre Bilanz mit einem Reingewinn von 44 213 złoty ab, als Dividende wurden 5 Prozent ausbezahlt.

In den Berichten wurde ausgeführt, daß die Gesellschaft als hauptähnliche polnische Tauschgüter von Hüttenerezeugnissen Draht, Blech, Eisenwaren, von chemischen Erzeugnissen Binkweiss und Kupfervitriol abgesetzt hat. Den Bemühungen dieser beiden Institutionen ist es zuzuschreiben, daß Polen auf dem besten Wege ist, mit den südamerikanischen Staaten zu einer ausgewoglichenen Handelsbilanz zu gelangen, was bisher noch kein anderer Staat erreicht hat. Namentlich mit Brasilien sind die Handelsbeziehungen derart verstärkt worden, daß das bisherige Verhältnis des Warenaustausches für Polen von 1 : 20 sich schon im Jahre 1934 auf nahezu 1 : 2 stellen dürfte.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 26. Februar bis 4. März 1934 wie folgt (für 100 kg in złoty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
<i>Inlandsmärkte:</i>				
Wrocław	21,20	14,50	15,75	10,70
Bromberg	17,87	14,65	15,00	12,00
Łódź	18,12 ^{1/2}	14,63	16,00	12,05
Lublin	21,38	13,01	—	9,90
Rowno	20,11	12,57	—	9,25
Wilno	0,44	15,26	16,12 ^{1/2}	14,25
Kattowitz	21,75	15,92	19,00	13,90
Krakau	22,12	14,7 ^{1/2}	—	12,56
Łemberg	20,12 ^{1/2}	15,02 ^{1/2}	—	11,00
<i>Auslandsmärkte:</i>				
Berlin	40,84	34,63	38,06	31,42
Hamburg	16,38	9,36	9,90	8,42
Paris	32,93	23,76	22,16	17,38
Brüssel	30,95	20,90	19,25	16,61
Danzig	20,26	15,87	17,82	